

fonction publique



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique

numéro 261
mai 2019
51^e année
paraît 4 fois par an

Europawahl 2019

Die EU steht am Scheideweg



Binnen 40 Jahren ist die Beteiligung der EU-Bürger an der Wahl zum EU-Parlament um 20 Prozentpunkte gesunken. Dieser gefährliche Trend spielt insbesondere den Populisten in die Karten. Die Europäische Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI), zu deren Gründungsmitgliedern die CGFP zählt, hat mit einer großangelegten Kampagne versucht, möglichst viele Wähler zu mobilisieren.

Mit Sorge blickten die CESI-Vertreter bei einem Treffen mit Außenminister Jean Asselborn auf die Entwicklung Europas. Die EU dürfe unter keinen Umständen von ihren Grundwerten abrücken, lautete ihre Kernbotschaft. Die Union müsse als Einheit agieren, um die großen Herausforderungen solidarisch und verantwortungsbewusst anzugehen (siehe Seite 21).

Die Schicksalswahl in Europa stand ebenfalls im Mittelpunkt eines CGFP-Besuches im EU-Parlament in Straßburg. Infolge eines Treffens in Brüssel Anfang November 2018 traf eine 13-köpfige CGFP-Delegation den scheidenden EU-Abgeordneten Georges Bach. Beide Seiten stimmten überein, dass es mehr denn je gelte, die demokratischen Werte zu stärken, da die Pseudolösungen der „Rattenfänger“ keine Alternative darstellen (siehe Seite 24-25).

„Die klassische Friedensrhetorik der Hurra-Europäer, nach der wir allesamt im Falle eines Scheiterns allesamt in die Schutzengraben springen, zieht nicht mehr“, so CESI-Generalsekretär Klaus Heeger in seinem Beitrag für „fonction publique“. Statt jedoch die EU in ihrer Gesamtheit infrage zu stellen, müsse Europas Zukunft nüchtern und ohne Pathos gestaltet werden (siehe Seite 26).



Desescalation bei der Polizei

Seit Monaten weist das Syndicat National de la Police Grand-Ducale (SNPGL) auf den gravierenden Nachwuchsmangel bei der Polizei hin. Die Arbeitszeitregelung, die im Gesetz zur Einführung der Zeitsparkonten integriert wurde, hat die Lage zusätzlich verschärft. Auf Betreiben der CGFP erklärte sich der Minister für innere Sicherheit dazu bereit, mit allen betroffenen Akteuren eine Lösung zu finden. Nach zwei Treffen zeichnet sich bei vielen bevorstehenden Anpassungen eine Lösung ab. Die noch etwas heiklen Punkte sollen unterdessen in Arbeitsgruppen geklärt werden, damit das Abkommen spätestens vor den Sommerferien erzielt werden kann.

Mehr zu diesem Thema erfahren Sie auf den Seite 5-7

INVESTMENTFONDS	
ALIANZA GLOBAL INVESTORS COMMON	117,24
Admiral	117,24
Commerzbank	117,24
Frankfurt	117,24
Genève	117,24
London	117,24
Madrid	117,24
Paris	117,24
Rome	117,24
Stockholm	117,24
Vienna	117,24
Zürich	117,24
Other	117,24
Total	3.452,45 + 0,10 %

Mettre un terme à la spéculation foncière

Le grand déséquilibre entre l'offre et la demande fait qu'au Grand-Duché la spéculation foncière est un jeu hautement lucratif et démenti de tout risque financier. 176 millionnaires fonciers détiennent chacun individuellement des terrains d'une valeur de plus de 10 millions d'euros. En 2016 les 20% de particuliers et de sociétés les plus impliqués détenaient 65% de la valeur foncière disponible pour l'habitat. L'inaction politique à cet égard risque à terme de menacer la paix sociale, estime l'auteur dans son article. Le seul moyen d'action efficace à mettre en œuvre serait l'introduction d'un impôt contre les spéculateurs professionnels.

Pour en savoir plus, lire les pages 11-13

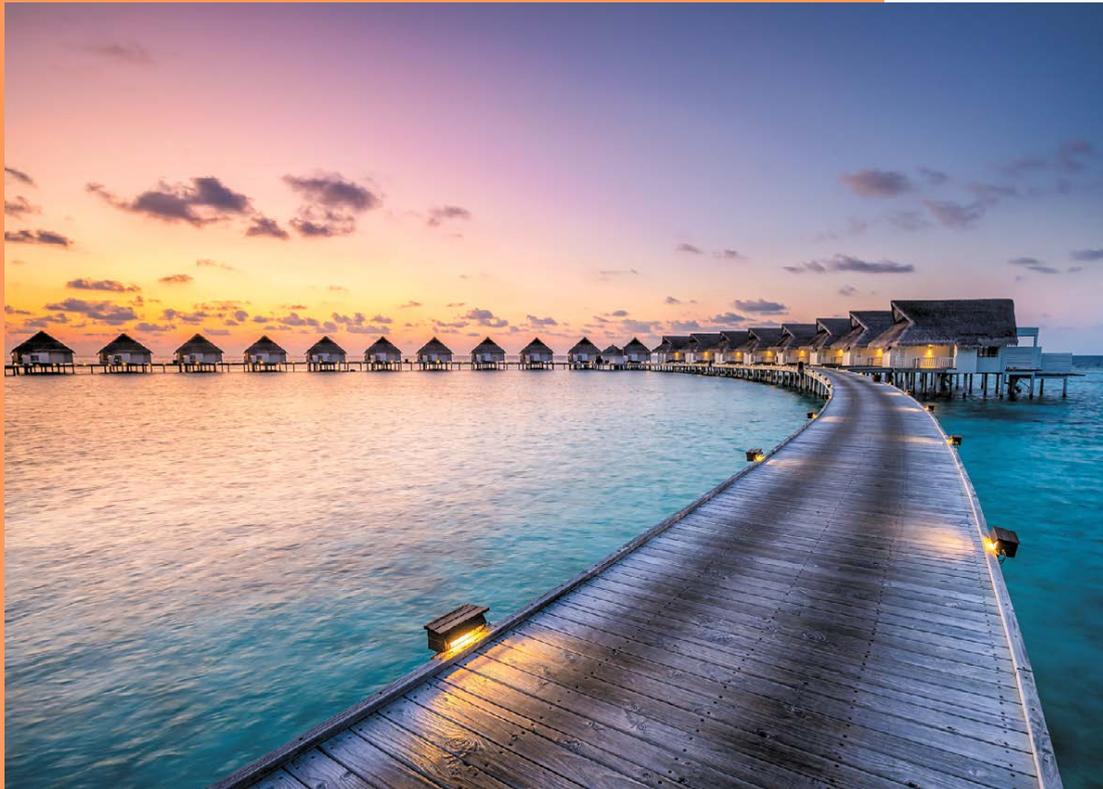


Gefahrenzone öffentlicher Dienst

Belästigt, bedroht und geschlagen – was öffentlich Beschäftigte bei der Ausübung ihres Berufs in weiten Teilen Europas häufig über sich ergehen lassen müssen, ist schlichtweg unfassbar. 2018 gab es in Luxemburg 63 Übergriffe auf Helfer und Polizisten zu verzeichnen. Ende März diskutierten CGFP-Vertreter bei einer CESI@home-Veranstaltung im Berliner dbb Forum mit anderen Gewerkschaftern, was gegen derartige Übergriffe unternommen werden kann. Komme es zu Gewalt, müsse sich der Dienstherr vor den Beamten stellen, lautete der Tenor. Zudem sei eine Wertediskussion in der Gesellschaft erforderlich.

Mehr zu diesem Thema erfahren Sie auf den Seiten 20-21

<p>PERIODIQUE</p> <p>POST LUXEMBOURG</p>	<p>PORT PAYÉ PS/141</p>
<p>Envois non distribuables à retourner à: L-3290 BETTEMBOURG</p>	



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Erst Erkenntnisse, dann Ergebnisse

Die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren und den sozialen Fortschritt voranzutreiben, das sind nur zwei der zentralen Aufgaben einer Gewerkschaft. Ganz in diesem Sinne setzt sich die CGFP in ihrer jetzigen Form seit über 50 Jahren konsequent für die Belange des öffentlichen Dienstes ein, indem sie Verhandlungen mit den sukzessiven Regierungen führt und kontinuierlich für positive Anpassungen des Dienstrechts einsteht, auch im Sinne einer optimalen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nicht zu unterschätzen sind darüber hinaus die zahlreichen Vertretungen in den höchsten nationalen und internationalen Gremien, in denen die CGFP als anerkannte und allseits respektierte Sozialpartnerin, ja, als alleinige national repräsentative Berufsorganisation für den öffentlichen Dienst, ihre Stimme im Interesse ihrer Mitglieder und darüber hinaus im Sinne aller öffentlichen Bediensteten erhebt. Als parteipolitisch unabhängige und ideologisch neutrale Gewerkschaft hat die CGFP immer Abstand davon genommen, ihren Mitgliedern Wahlempfehlungen zu geben, sowohl bei den Nationalwahlen als auch bei den bevorstehenden Europawahlen. Diese Haltung hat letztendlich auch zu ihrem Erfolg geführt, da sich jeder gewerkschaftlich in der CGFP einbringen kann, und das ungeachtet seiner persönlichen Überzeugungen. Der CGFP selbst erlaubt diese (politische) Unabhängigkeit, jeder Regierung auf Augenhöhe zu begegnen und mit aller Entschlossenheit Verhandlungen im Interesse des gesamtöffentlichen Dienstes führen zu können, ohne auch nur die geringste Rücksicht auf ideologische Empfindlichkeiten nehmen zu müssen.

Das ändert allerdings nichts an dem Umstand, dass die CGFP, genau wie ihr europäischer Dachverband CESI, die Europäische Union Unabhängiger

Gewerkschaften, ihre Mitglieder dazu anhalten, nicht nur an der bevorstehenden Europawahl teilzunehmen, sondern vor allem auch nützlich und verantwortungsbewusst zu wählen. Mehr als je zuvor wird es Ende Mai um eine Wahl für Europa oder gegen Europa gehen. Mit Blick auf gewisse Tendenzen in bestimmten EU-Staaten (Stichwort Ungarn, Polen, aber auch Italien) gilt es auf jeden Fall, wachsam zu bleiben. Als europäische Vertretung von mehr als sechs Millionen Arbeitnehmern macht die CESI mit einer europaweiten Plakatkampagne auf den Ernst der Lage aufmerksam. Die Botschaft ist deutlich: Wir brauchen nicht weniger Europa, sondern ein sozialeres Europa. Denn: Nur ein starkes Europa bietet die Grundlage für Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Wenn die Mitgliedszahlen der CGFP ebenfalls in Zeiten, in denen viele Gewerkschaften über Mitgliederschwund klagen, kontinuierlich steigen, ist das neben einer überzeugenden Gewerkschaftsarbeit sicherlich auch das Ergebnis ihrer Überparteilichkeit, aber auch eines vielfältigen Dienstleistungsangebots, welches dazu beiträgt, Mitglieder zu gewinnen und über viele Jahre zu binden. Dank des konsequenten Einsatzes der CGFP im Interesse der öffentlichen Bediensteten kann, was die sozialen Errungenschaften betrifft, jahrein, jahraus eine beachtliche Bilanz vorgelegt werden. Ausdauer, Verhandlungsgeschick und überzeugende Argumente haben so beispielsweise im vergangenen Jahr zu dem sich nun in der Umsetzung befindlichen Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016 geführt mit der langersehnten Abschaffung der unsinnigen 80/80/90-Regelung während des Praktikums als Kernstück.

Der Einsatz der CGFP, insbesondere auch im Interesse einzelner Mitglieder, mag nicht immer und überall geschätzt

sein. Mit dieser Tatsache kommt man allerdings gut zurecht, insbesondere dann, wenn solche Wahrnehmungen aus fragwürdigen Kreisen kommen, die den öffentlichen Dienst ohnehin nicht in ihren Herzen tragen. Und selbst wenn ein Vorgesetzter unsere Vorgehensweise im Interesse eines Mitgliedes in Form und Inhalt als „jämmerlich“ empfindet, können wir diese Einschätzung an und für sich nur als Kompliment werten, letztlich einen sensiblen Nerv getroffen zu haben.

Auch wenn mit der Umsetzung des Zusatzpapiers zum Gehälterabkommen von 2016 dessen Laufzeit um zwei Jahre verlängert wurde und die CGFP sich dazu verpflichtet hat, in diesem Zeitraum keine direkten finanziellen Forderungen zu erheben, werden dadurch weitere Ansprüche im Interesse der öffentlichen Bediensteten mit dem Ziel einer verbesserten Arbeitsweise innerhalb der Behörde nicht von vornherein ausgeschlossen. Ganz in diesem Sinne wird die CGFP auch weiterhin, wenn nicht gar an der Abschaffung, dann zumindest aber an einer grundlegenden Überarbeitung des Bewertungsmechanismus im öffentlichen Dienst festhalten. Die Praxis bringt es an den Tag: Selbst die abgeschwächte Fassung erweist sich nach wie vor als viel zu kompliziert. Im Entscheidungsprozess sind der Willkür noch immer Tür und Tor geöffnet. Und hinzu kommt, dass auch bei der derzeitigen Fassung Aufwand und Ergebnis in absolut keinem Verhältnis zueinander stehen.

Was die auf Regierungsseite angeordnete Steuerreform angeht, fordert die CGFP, von Anfang an in die vorbereitenden Arbeiten eingebunden zu werden. Sie verlangt, dass insbesondere die privaten Haushalte weiter entlastet werden, damit die Steuerlast gegenüber Unternehmen wieder gerechter verteilt und ein besseres Gleichgewicht hergestellt wird. Dass

dabei in erster Linie denjenigen Haushalten, die einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind, ein ganz besonderes Augenmerk zukommen muss, ist für die CGFP das Mindeste.

Genauso konsequent wie die CGFP agieren derzeit auch deren über 60 Fachverbände, um ihre spezifischen Anliegen zu verteidigen. Seit März geben sie sich im Ministerium des öffentlichen Dienstes die Klinke in die Hand, um nicht nur Gespräche, sondern auch sektorale Verhandlungen mit dem zuständigen Ressortchef zu führen. Die Grundlage dazu bildet das soeben bereits erwähnte Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016, in dem sich die Regierung dazu verpflichtet, seit Jahresanfang entsprechende Unterredungen mit den CGFP-Mitgliedsorganisationen zu führen. Auch wenn diese Verhandlungen ergebnisoffen geführt werden, wäre es alles andere als im Sinne des Abkommens, wenn dabei auch nur ein einziger Verhandlungsteilnehmer leer ausginge. Es könne jedenfalls nicht sein, dass legitime Forderungen der CGFP-Fachverbände kurz und knapp abgetan würden mit simplen Sprüchen wie: „Das weiß man doch, wenn man einen solchen Posten beansprucht“. Die CGFP jedenfalls wird Entscheidungen, die auf solch fragwürdigen Überlegungen fußen, keinesfalls hinnehmen. Sie wird ganz im Gegenteil peinlichst genau darauf achten, dass diese Verhandlungen mit ihren Fachverbänden konstruktiv und gewissenhaft geführt werden – damit aus den daraus gewonnenen Erkenntnissen auch Ergebnisse werden!

Steve Heiliger
CGFP-Generalsekretär



Très émue par la triste nouvelle du décès de Son Altesse Royale Monseigneur le Grand-Duc Jean, la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP présente à Son Altesse Royale le Grand-Duc Henri ainsi qu'à toute la famille grand-ducale ses très sincères condoléances. Elle gardera du cher défunt le souvenir d'un chef d'Etat hors du commun, bienveillant, toujours proche du peuple luxembourgeois et sensible à la cause de la Fonction publique.

Photo: Cour Grand-Ducale



Bâloise
Assurances

MOINS CHER MAIS PAS MOINS COUVERT

**SOLDE
RESTANT
DÛ**

Votre assurance solde
restant dû moins chère
Comparez les garanties

www.cgfp-assurances.lu

CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél.: (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Schlechter werdende Arbeitsbedingungen bei der Polizei

Kehrtwende in Sicht!

Bei der Polizei gibt es wachsenden Unmut in den eigenen Reihen. Angesichts des chronischen Personalmangels haben sich die Arbeitsbedingungen seit Jahren zunehmend verschlechtert. Die schleppende Umsetzung der Polizeireform und das Inkrafttreten des Arbeitszeitgesetzes haben dazu geführt, dass sich die Lage weiter verschärft hat. Nach einem offenen Schlagabtausch zwischen dem Syndicat National de la Police Grand-Ducale SNPGL und den Entscheidungsträgern der Polizei, drohte die Lage zunehmend zu eskalieren. Bei zwei von der CGFP beantragten Treffen mit allen betroffenen Akteuren unterbreitete der Minister für innere Sicherheit, François Bausch, seinen Gesprächspartnern zum Teil konstruktive Vorschläge. Es bleibt abzuwarten, ob diese ersten zaghaften Schritte in einen Durchbruch münden.



Wenn Polizeibeamte in der Kultserie „Tatort“ ihren Dienst verrichten, sieht alles ziemlich lässig aus. Polizeiarbeit, wie sie halt nur im Drehbuch steht. Die Realität ist jedoch eine völlig andere!

Verbrechen aufklären, den Transport von Untersuchungshäftlingen und von verurteilten Straftätern gewährleisten, Flüchtlinge in ihr Heimatland zurückführen, den Verkehr regeln, allerlei Papierkram erledigen, dies und vieles mehr: Die Aufgaben der Polizeibeamten sind extrem vielfältig und stellen oft eine wahre Herausforderung dar.

In manchen Teilen der Gesellschaft wird die Polizei nämlich immer häufiger nicht mehr als Hüterin der Gesetze wahrgenommen, die für Ordnung und Sicherheit sorgt, sondern als ein Feindbild betrachtet, an dem Aggressionen entladen werden (siehe Seite 20-21).

Folglich machen massive Rekrutierungsprobleme dem Polizeikorps seit Jahren schwer zu schaffen. Derzeit können die Ruhestandabgänge nur knapp – wenn überhaupt – kompensiert werden. Aufgrund des starken Bevölkerungsanstiegs müssten wesentlich mehr Rekruten eingestellt werden, als dies derzeit der Fall ist.

Erst kürzlich hat der Minister für innere Sicherheit, François Bausch, in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Fernand Kartheiser bestätigt, dass rund 50 Stellen, die eigentlich im Organisationsplan der Polizei vorgesehen sind, zurzeit nicht besetzt sind. Dies sei hauptsächlich durch Abgänge bzw. durch die Entsendung von Personal bedingt, heißt es.

300 zusätzliche Beamte

Weitere 200 Beamte würden sich im Eltern- bzw. im Mutterschaftsurlaub oder in einem unbezahlten Urlaub befinden. Einige von ihnen würden zudem auf Teilzeitarbeit zurückgreifen, die zwischen 25 % und 90 % ausmache. Um diese und andere Abwesenheiten, wie etwa Krankheitsfälle oder einen Fortbildungsurlaub zu kompensieren, müssten kurzfristig bis zu 300 zusätzliche Polizeibeamte eingestellt werden, so Bausch.

Durch die äußerst dünne Personaldecke werden Überstunden und Doppel-

schichten immer häufiger zur Regel. Bei der Generalversammlung des Syndicat National de la Police Grand-Ducale am vergangenen 18. März redete SNPGL-Präsident Pascal Ricquier Klartext. In seiner sehr engagierten Rede führte er mehrere Beispiele an, um auf diverse Brennpunkte bei der Polizei hinzuweisen.

So sei es z.B. unverantwortlich, dass manche Polizisten bis zu 17 Stunden am Tag oder mehr arbeiten müssten, hieß es damals. Einige Beamte bekämen zwischen dem Bereitschaftsdienst und dem erneuten Schichtbeginn weniger als sechs Stunden Ruhezeit gewährt. Sogar Polizisten, die den Elternurlaub nur teilweise in Anspruch nehmen, müssten dennoch Überstunden leisten. Dies stehe nicht im Einklang mit der Zielsetzung des „congé parental“, lautete ein weiterer Vorwurf.

Auf diese deutlichen Worte folgte kein klares Dementi – weder seitens der Politik noch aus dem Lager der Polizeigeneraldirektion. Sollte es derartige Fälle geben, müsse die Polizeiführung rasch Lösungen finden, versicherte der Minister für innere Sicherheit. Niemand bestreite inzwischen, dass die Umsetzung des Gesetzes zur Arbeitszeitregelung der Polizei Probleme bereite. Die Aufstellung von gesetzeskonformen Dienstplänen erweist sich als äußerst schwierig.

Der Grund dafür: Die nationale Arbeitszeitregelung, die in das CET-Gesetz (compte épargne-temps) eingegliedert wurde, ist strenger ausgelegt als die diesbezügliche EU-Richtlinie aus dem Jahr 2003. So darf z.B. die tägliche Arbeitszeit samt Überstunden nicht mehr als zehn Stunden betragen. Die wöchentliche Arbeitszeit ist auf maximal 48 Stunden begrenzt.

Minister leistet CGFP-Aufruf Folge

Auch der Minister für innere Sicherheit ist sich der Problematik durchaus bewusst. Nicht nur bei der Polizei sei die Umsetzung der Arbeitszeitregelung schwer umzusetzen, so Bausch. Zugleich erklärte er sich bereit, „im Team nach Lösungen“ zu suchen. Die CGFP kann dem nur zustimmen. Auch bei anderen staatlichen Diensten, bei denen unübliche Arbeitszeiten gelten, müssen spezifische Anpassungen vorgenommen werden (siehe Seite 8).

Nichtsdestotrotz bleibt die CGFP der festen Überzeugung, dass die Einführung der Zeitsparkonten und die damit verbundene Arbeitszeitregelung einen Quantensprung in der luxemburgischen Sozialgeschichte darstellen. Der aktuelle Gesetzestext kommt einem Großteil der Staatsbediensteten sehr entgegen.

Nur bei jenen Beschäftigten, die auf Schichten arbeiten, zeichnen sich vereinzelte Schwierigkeiten ab. Hier gilt es zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um eine zusätzliche Flexibilität zu schaffen. Das CET-Gesetz insgesamt infrage zu stellen, wäre jedoch ein verheerender Fehler.

Nach den auf der SNPGL-Generalversammlung erhobenen Vorwürfen hatten sich die Gemüter schnell erhitzt. Um einer drohenden Eskalation entgegenzusteuern, fasste die CGFP den Entschluss, sich in den Konflikt einzuschalten. Am 20. März rief sie den zuständigen Ressortchef schriftlich dazu auf, ein Treffen mit allen betroffenen Akteuren einzuberufen.

Nur wenige Tage später kam der Minister diesem Aufruf nach, indem er für Anfang April eine Unterredung einberief. Am Verhandlungstisch saßen damals Vertreter der CGFP, des SNPGL, der „cadres supérieurs“ und des Zivilpersonals. Auch die Führungskräfte der Polizei sowie Beamte aus dem Ministerium des öffentlichen Dienstes nahmen an der Sitzung teil.

Abkommen vor den Sommerferien?

Gleich zu Beginn dieses Treffens stellte die CGFP klar, dass sie als verantwortungsvolle Sozialpartnerin dazu verpflichtet sei, für all jene Polizeibeamte Partei zu ergreifen, die tagtäglich an einer fachgerechten Ausübung ihres Berufs gehindert werden. Sollte es die Politik in den vergangenen Jahren versäumt haben, ausreichend neue Mitarbeiter für den Polizeidienst einzustellen, wird die CGFP es nicht zulassen, dass jetzt unüberlegte Konzepte umgesetzt werden, die einzig und allein zulasten der Belegschaft gehen.

In einem Punkt waren sich die CGFP, deren betroffenen Fachverbände und der zuständige Ressortchef einig: Es müssen schleunigst Lösungen erarbeitet werden, die eine rund um die Uhr gut funktionierende Polizei gewährleisten. Da es sich um eine Verwaltung mit komplizierten Abläufen und unvorhersehbaren Vorgängen handele, müsse man die Probleme in aller Sachlichkeit, in einem

Fortsetzung siehe Seite 7





SHOWROOM
REFAIT
À NEUF



204, Route d'Arlon · L-8010 Strassen
Tél (00352) 26 11 98 50
www.kitchenstoreluxembourg.com

Fortsetzung von Seite 5

offenen und respektvollen Geist zeitnah angehen, so die übereinstimmende Meinung der Verhandlungsführer.

Spätestens bis zu den Sommerferien will Minister Bausch mit einem Bündel von Maßnahmen dafür sorgen, dass endlich wieder Ruhe in den Polizeikorps einkehrt. Die Gesetzgebung soll den spezifischen Bedürfnissen der Polizei angepasst werden. Da eine Gesetzesänderung wesentlich mehr Zeit in Anspruch nimmt, sollen zunächst im Rahmen eines Abkommens die Übergangsbestimmungen vereinbart werden. Im Laufe ihrer ersten Unterredung berieten die Sozialpartner, der Minister für innere Sicherheit sowie die Polizeispitze über mehrere konsensfähige Punkte (siehe Kasten).

Nach einer gründlichen Aussprache zwischen den verschiedenen Parteien wurde das Kriegsbeil bis auf Weiteres



begraben. Ob der vorläufige Waffenstillstand anhält, wird sich zeigen müssen. Neulich teilte Minister Bausch der Presse mit, dass sich die Verhandlungspartner in 80 % der Punkte einig seien. Die CGFP weist jedoch darauf hin, dass eine endgültige Einigung nur dann möglich ist, wenn die Sicherheitskräfte im Falle einer verlängerten Arbeitszeit zufriedenstellende Ausgleichsmaßnahmen erhalten. Die CGFP wird darüber wachen, dass die Abmachungen ohne Abweichungen verwirklicht werden.

Sollte der Minister für innere Sicherheit dennoch einen Rückzug ins Schneckenhaus vollziehen, statt seine politische Verantwortung zu übernehmen, wird die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten kein Erbarmen zeigen und auf die unwiderrufliche Umsetzung sämtlicher mündlichen Abmachungen bestehen.

Max Lemmer

Konsens in Reichweite

Die Arbeitszeitregelung, die im Gesetz zur Einführung der Zeitsparkonten eingegliedert wurde, begrenzt die Anzahl der Überstunden. Dem aktuellen Gesetz zufolge beträgt die maximale Arbeitszeit pro Tag zehn Stunden – Überstunden inbegriffen. Diese Neuregelung hat u.a. bei der Polizei zu organisatorischen Schwierigkeiten geführt. Seit Wochen haben CGFP und SNPGL den Druck erhöht, um eine politische Lösung herbeizuführen.

Die CGFP und ihre betroffenen Fachverbände verfolgen dabei ein doppeltes Ziel. Zum einen müssen die Gesundheit und der Schutz der Beamten stets im Vordergrund stehen. Zum anderen sollen die vorgesehenen Anpassungen einen guten Arbeitsablauf ermöglichen, damit die Polizei im Interesse der Bürger ihren Dienst erfüllen und die Sicherheit des Landes optimal gewährleisten kann. Die intensiven Bemühungen scheinen sich bezahlt zu machen. Der Minister für innere Sicherheit, François Bausch, hat sich bereit erklärt, die im Polizeikorps bestehenden Probleme, insbesondere in Bezug auf die Arbeitszeitregelung, gemeinsam im Dialog anzugehen.

Trotz teilweisen Meinungsverschiedenheiten verlief die erste Unterredung am 3. April weitgehend positiv. Neben dem Minister der inneren Sicherheit saßen auch Beamte des Ministeriums für den öffentlichen Dienst, Vertreter der Polizeigeneraldirektion, sowie Delegationen der CGFP, des SNPGL, der „cadres supérieurs“ und des Zivilpersonals am Verhandlungstisch. Dabei gab es einen breiten Konsens darüber, das Gesetz so schnell wie möglich den neuen Gegebenheiten anzupassen. In einer Übergangsphase soll ein Abkommen jene Flexibilität schaffen, die gemäß der entsprechenden EU-Richtlinie in puncto Arbeitszeit möglich ist.

Bei dem Treffen wurden mehrere konstruktive Maßnahmen zurückbehalten, um die angespannte Lage zu entschärfen. Der mögliche Kompromiss, der dazu beitragen soll, einen Ausweg aus der festgefahrenen Situation zu finden, sieht u.a. vor, dass bei der Polizei in ganz bestimmten Ausnahmefällen die maximale Arbeitszeit von zehn auf zwölf Stunden (inklusive Überstunden) erhöht werden darf. Die wöchentliche Arbeitszeit könnte demnach auf 48

Stunden angehoben werden. In Anlehnung an die EU-Richtlinie soll zudem eine viermonatige Referenzperiode eingeführt werden. Somit soll die wöchentliche Arbeitszeit über einen längeren Zeitraum gestreckt werden können. Diese Vorgehensweise könnte die Polizei insbesondere in den Stoßzeiten entlasten. Die viermonatige Referenzperiode soll dazu dienen, ein besseres Gleichgewicht zwischen den Ruhe- und Arbeitszeiten zu schaffen.

Die zweite Verhandlungsrunde am 26. April verlief in einer entspannten und konstruktiven Atmosphäre. Die Verhandlungspartner erzielten in zahlreichen Punkten wesentliche Fortschritte. Ähnlich wie der Minister halten auch die CGFP und deren involvierten Fachverbände einen Durchbruch in den kommenden Wochen für wahrscheinlich.

Trotz dieser Zuversicht müssen noch einige Hürden überwunden werden. Die heiklen Punkte werden jetzt in verschiedenen Arbeitsgruppen geklärt. Knackpunkte gibt es insbesondere in Bezug auf die Ausgleichsleistung, die den Polizeibeamten im Fall einer verlängerten Arbeitszeit zusteht. Viel Klärungsbedarf gibt es außerdem, was den Bereitschaftsdienst betrifft. Bei Redaktionsschluss war noch unklar, was künftig genau als Arbeitszeit angerechnet wird.

Derzeit führt Minister Bausch auch Verhandlungen mit dem Syndicat Professionnel de l'Armée Luxembourgeoise (SPAL). Die Gespräche, an denen auch die CGFP beteiligt ist, zielen darauf ab, den Arbeitsablauf bei der Armee im Einklang mit dem Gesetz und der EU-Richtlinie zu bringen. Zumindest was die grundlegende Funktionsweise („fonctionnement de base“) betrifft, stellen sich ähnliche Probleme wie bei der Polizei.

Parallel zu all diesen Gesprächen ist der Minister des öffentlichen Dienstes, Marc Hansen, damit befasst, die Gesetzgebung so anzupassen, dass die Arbeitszeitregelung den Anforderungen jener staatlichen Dienststellen und Verwaltungen gerecht wird, in denen Schichtarbeit geleistet wird.

ml

Les vacances, le moment idéal pour apprendre une nouvelle langue !

Berlitz Holiday Academy (12–19 ans)

Matinées de cours intensif de français, allemand ou anglais d'une semaine ou plus dans notre école du centre-ville.

Berlitz camps linguistiques (7–17 ans)

Camps de vacances d'une ou plusieurs semaines en immersion au Grand-Duché de Luxembourg combinant des demi-journées de cours de langues et des demi-journées d'activités sportives et culturelles.

Progrès et fun garantis !

Berlitz®

Berlitz Luxembourg, Tel. 00352 2638 3248, www.berlitz.lu

Remise de 5% !
* Pour toute inscription avant le 30.06.19



CGFP

Visitez notre site Internet:
www.cgfp.lu

CGFP sieht Verbesserungsbedarf bei der Arbeitszeitregelung

Gut Ding will Weile haben! Bis zur Einführung der Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst waren mehrere Versuche nötig. Die sogenannten „comptes épargne-temps“ (CET) tauchten erstmals 1999 im damaligen CSV-DP-Koalitionsabkommen auf. Fünf Jahre später hatte der Wirtschafts- und Sozialrat das Vorhaben positiv begutachtet. Bis der erste entsprechende Gesetzentwurf im Parlament eingebracht wurde, verstrichen erneut fünf Jahre. Der Text fand jedoch keine Zustimmung und wurde schließlich im Jahr 2014 zurückgezogen.

Danach weigerte sich die Politik, das heiße Eisen erneut anzufassen, sodass die Sozialpartner plötzlich alleine auf sich gestellt waren. Trotz dieser herben Rückschläge, ließ sich die CGFP nicht entmutigen. Dank ihres unermüdlichen Einsatzes, gelangte das Thema wieder rasch auf die politische Agenda.

Im Rahmen des Gehälterabkommens von 2016 hatten sich die CGFP und der damalige zuständige Ressortchef Dan Kersch darauf geeinigt, die Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst einzuführen. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde im Februar 2018 im Ministerrat gebilligt und am 17. Juli im Parlament verabschiedet.

Auf sämtlichen Fraktionsbänken gab es damals wenig Diskussionsbedarf. Nach einer knapp 30-minütigen Debatte schaffte die Jahrhundertreform ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen die parlamentarische Hürde. Die Abgeordneten aller Fraktionen waren sich einig, dass es sich um ein Gesetz mit Signalwirkung handele, das es den Staatsbediensteten ermöglichen würde, das Familien- und Berufsleben besser zu vereinbaren.

Seit dem Inkrafttreten des „compte épargne-temps“ am 1. Oktober 2018, können die öffentlich Bediensteten bis zu 1.800 Stunden ansammeln, um diese zu einem späteren Zeitpunkt z. B. für eine längere Auszeit zu nutzen (siehe nebenstehenden Kasten).

Der Gesetzestext sieht ausdrücklich vor, dass die Zeitsparkonten auch in den öffentlichen Einrichtungen anzuwenden sind. Mit dieser Lösung, die sich auf den Gesamtstaat bezieht, sollen mögliche Sozialkonflikte vermieden werden. Neulich wurden diese Bestimmungen auch auf den Kommunalsektor übertragen. Inzwischen hat das Parlament auch die Einführung der Zeitsparkonten im Privatsektor gebilligt. Die Vorreiterrolle, die der öffentliche Dienst unter dem Impuls der CGFP übernommen hatte, bescherte den Angestellten der Privatwirtschaft die gleichen Rechte wie den öffentlich Bediensteten.

Punktuelle Probleme

Obwohl die Zeitsparkonten und die damit verbundene Arbeitszeitregelung zweifelsohne eine große soziale Errungenschaft darstellen, sind in einigen Verwaltungen punktuelle Probleme aufgetreten. Als der CET-Entwurf zur Begutachtung auf den Instanzenweg geschickt worden war, hatte niemand auch nur ansatzweise Bedenken geäußert.

Erst nachdem das Gesetz in Kraft getreten war, stellte sich relativ schnell heraus, dass sich die Umsetzung vor allem in jenen Verwaltungen, in denen rund um die Uhr Schichtarbeit geleistet wird, schwieriger gestaltet als erwartet. Dies gilt z.B. nicht nur für Polizei, Armee und Rettungsdienste, sondern auch für die Straßenbauverwaltung, für den Zoll sowie – wenn auch in einem geringeren Maß – für den Bildungsbereich, z.B. wenn Feriencamps stattfinden.

Bei der Ausarbeitung des CET-Gesetzes wurde auf Anregung des Staatsrats der Text nachgebessert, um das Gesetz

Die Einführung der Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst, auf die sich die CGFP mit der vorigen Regierung geeinigt hat, stellt einen Meilenstein in der luxemburgischen Sozialgeschichte dar. Das Gesetz mit großer Signalwirkung hat dazu geführt, dass inzwischen auch Privatangestellte Arbeitsstunden ansparen können, um diese später in Freizeit umzuwandeln. Nichtsdestotrotz sind nach dem Inkrafttreten dieser Jahrhundertreform in vereinzelten Bereichen des öffentlichen Dienstes Schwierigkeiten in Bezug auf die Arbeitszeitregelung aufgetaucht, die einer schnellen Lösung bedürfen. Die CGFP strebt im Schulterschluss mit ihren Fachverbänden sektorielle Ausnahmeregelungen an.

zur Arbeitszeitregelung einfließen zu lassen. Seit 2007 sieht die Verfassung nämlich ausdrücklich vor, dass all jene Punkte, die das Recht des Arbeitnehmers betreffen, zwangsläufig per Gesetz geregelt werden müssen. Zuvor waren diese Regeln lediglich durch großherzogliche Verordnung bestimmt worden.

In Luxemburg ist das Gesetz zur Arbeitszeitregelung strenger ausgelegt als die betreffende EU-Richtlinie es vorsieht. Pro Tag dürfen höchstens zehn Stunden gearbeitet werden –

Überstunden inbegriffen. Die wöchentliche Arbeitszeit darf nicht über 48 Stunden hinausgehen. Zudem sieht der Gesetzestext vor, dass spätestens nach sechs Stunden Dienst am Stück eine obligatorische Pause erfolgen muss.

Die EU-Direktive, an die sich das nationale Gesetz zur Arbeitszeitregelung lehnt, ist generell lobenswert und durchaus sinnvoll. Sie beweist, dass die Europäische Union zu weitaus mehr in der Lage ist, als bloß EU-Richtlinien zur Bananenkrümmung und zur Mülltonnengröße zu verabschieden.

Das ständige Lamentieren über Europa – das angebliche Demokratiedefizit der Union, die wachsende Ungleichheit, das Versagen in der Klima- und Umweltpolitik usw. – zeichnet ein sehr einseitiges und unvollständiges Bild der Realität. Die EU-Arbeitszeitregelung führt einem vor Augen, dass Europa sehr wohl etwas bewirken kann, wenn es darum geht, die Arbeitnehmer vor Überbelastung zu schützen.



Die Zeitsparkonten: Eine große Errungenschaft

Arbeitszeit ansparen, um sie später zur Freizeitgestaltung zu nutzen: Es gibt zahlreiche Gründe, dieses verlockende Angebot in Anspruch zu nehmen. Neben Auszeiten wie dem Jahresurlaub und langen Wochenenden haben viele Arbeitnehmer das Bedürfnis, eine längere berufliche Pause einzulegen, falls es die Lebenssituation erfordert.

Solche Fälle können unter anderem dann eintreten, wenn ein Angehöriger gepflegt werden muss, die Elternzeit als unzureichend empfunden wird oder eine Weiterbildung zwecks besserer Karrierechancen angebracht ist. Andere greifen wiederum auf den „compte épargne-temps“ (CET) zurück, um sich ein sogenanntes Sabbatjahr zu gönnen oder vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Die Zeitsparkonten erhöhen die Flexibilität der Beschäftigten und bieten somit auch den Arbeitgebern viele Vorteile.

Seit dem 1. Oktober vergangenen Jahres können Staatsbedienstete bis zu 1.800 Arbeitsstunden ansammeln, um diese dann später in Urlaub umzuwandeln. Dabei wurde das für die CGFP unverzichtbare Prinzip „eng Stonn ass eng Stonn“ berücksichtigt. Im Klartext: Eine Arbeitsstunde, die heute angespart wird, entspricht zu einem späteren Zeitpunkt einer vollen Urlaubsstunde.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, Arbeitszeit anzusammeln. Zum Schutz vor übertriebenem Spareifer darf die Arbeitszeit jedoch die Grenze von zehn Stunden am Tag nicht überschreiten. Ähnlich verhält es sich mit dem Urlaub: Die öffentlich Bediensteten müssen mindestens 25 Tage pro Jahr beanspruchen. Jene Urlaubstage, die über das gesetzliche Minimum hinausgehen, können das Zeitsparkonto speisen.

Eine weitere Änderung betrifft die Mittagspause: Mit Erfolg konnte die CGFP durchsetzen, dass die Mindestdauer auf 30 Minuten gekürzt wurde. Bislang galt hier eine Stunde. Zudem dürfen die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes bereits morgens um 6:30 Uhr antreten. Zuvor war der frühestmögliche Dienstbeginn auf 7:00 Uhr festgelegt. Diese Neuerung ist mit der Hoffnung verknüpft, den Berufsverkehr zumindest in den Spitzenstunden teilweise zu entlasten.

Das CET-Gesetz hat außerdem bei den Sonderurlaubstagen eine Angleichung mit dem Privatsektor vollzogen. So wurde z.B. der Vaterschaftsurlaub von vier auf zehn Tage angehoben. Bei der Adoption eines Kindes stehen den öffentlich Bediensteten zehn Tage, statt wie bislang zwei Tage zu. Der nachgeburtliche Mutterschaftsurlaub („congé postnatal“) beträgt nicht mehr acht, sondern zwölf Wochen. Diese Verbesserungen sind rückwirkend zum 1. Januar 2018 in Kraft getreten. ml

Dies soll natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Schutzbestimmungen in den oben erwähnten Verwaltungen teilweise schwer einzuhalten sind. Um Herr der Lage zu werden, strebt die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen CGFP-Fachverbänden sektorielle Ausnahmeregelungen an.

Vernünftige Übergangsbestimmungen

Es bleibt abzuwarten, in welcher Form dieses Vorhaben durch Abkommen zwischen den Sozialpartnern möglich ist. Zudem ist nicht auszuschließen, dass unter Umständen eine Gesetzesänderung erlassen werden muss. Ein derartiges Vorgehen würde jedoch wesentlich mehr Zeit in Anspruch nehmen, sodass vernünftige Übergangsbestimmungen ins Auge gefasst werden müssten.

Die CGFP ist sich darüber im Klaren, dass die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit die Verwaltungen ihre Dienste im Interesse der Bürger optimal erfüllen können. Bei diesen Gesprächen wird die Dachorganisation aller öffentlich Bediensteten Sorge dafür tragen, dass mögliche Anpassungen nicht einzig und allein zulasten der Beschäftigten gehen.

Es kann nicht angehen, dass Staatsbeamte und -angestellte tagelang 17 Stunden am Stück oder mehr arbeiten. Derartige Praktiken werden von der CGFP aufs Schärfste verurteilt. Die Arbeit, die von den jeweiligen Verwaltungen verrichtet wird, muss in einem vernünftigen Maß bewältigt werden können. Stellt sich heraus, dass dies unter den gegebenen Umständen nicht möglich ist, muss dringendst über Alternativen nachgedacht werden.

Zaghafte Fortschritte

Besonders angespannt ist die Lage derzeit u. a. bei der Polizei (siehe Seite 5+7). Seit die Arbeitszeitregelung hierzulande gesetzlich verankert ist, häufen sich dort die Überstunden. Angesichts des sehr dünnen Personalbestandes ist eine Besserung ohne Kurswechsel nicht in Sicht. Bei der jüngsten Generalversammlung des Syndicat National de la Police Grand-Ducal wurden zahlreiche Beispiele angeführt, um auf die wachsenden Probleme hinzuweisen. Nahezu zeitgleich rief die CGFP im März dazu auf, die Probleme, die es offensichtlich bei der Polizei sowie in anderen Bereichen gibt, in Ruhe und in Sachlichkeit mit allen Betroffenen zu diskutieren.

Bei einem ersten großangelegten Treffen mit dem Minister der inneren Sicherheit, François Bausch, erzielten die CGFP-Vertreter zusammen mit den jeweiligen Personalvertretungen erste zaghafte Fortschritte, die eine Lösung herbeiführen könnten. Vorgeschlagen wurden mehrere konstruktive Maßnahmen, die bei einer zweiten Unterredung vertieft wurden.

Auch bei anderen Verwaltungen, die nach der Einführung des CET-Gesetzes Anpassungen vornehmen müssen, bleibt die CGFP zuversichtlich, dass alle Hürden mit etwas gutem Menschenverstand zu überwinden sind. Dies setzt jedoch voraus, dass die je nach Verwaltung sehr unterschiedlichen Anliegen berücksichtigt werden. Um diese spezifischen Mängel aus der Welt zu schaffen, müssen die Stellschrauben auf sektorieller Ebene angezogen werden.

Max Lemmer

CGFP: une taxe d'abonnement scandaleusement basse

Avec 4.263 milliards d'euros d'actifs sous gestion fin février 2019, le Luxembourg est le 1^{er} centre pour fonds d'investissement en Europe et le 2^e au monde après les Etats-Unis.

Au niveau fiscal, les fonds d'investissement luxembourgeois sont exemptés d'IRC, d'ICC, d'IF et de la TVA. Ils ne sont soumis qu'à une taxe d'abonnement de 0,05% par an de l'actif net sous placement, voire 0,01% pour les Fis et les Fiar, qui représentent la majorité des fonds. Ils peuvent même être totalement exonérés sous certaines conditions.

Au Luxembourg, le secteur bénéficie d'infrastructures offrant des conditions de vie et de travail optimales pour attirer les meilleurs experts, de la stabilité politique et sociale, de la réactivité exceptionnelle du législateur ainsi que d'une administration performante qui a notamment digitalisé l'ensemble des procédures de déclaration.

Or, offrir de telles conditions de développement à un coût pour l'Etat et pour la société qui devrait être réparti équitablement, en proportion du bénéfice qu'en tire le secteur.

Faire de l'argent avec de l'argent

Pourtant, l'industrie des fonds ose s'insurger contre la taxe d'abonnement au prétexte que, dans un contexte de concurrence et d'obligations de transparence accrues, les sociétés de gestion seraient contraintes de rogner sur leurs marges. Quel investisseur s'insurgerait contre une imposition de 0,01% alors que les petits épargnants, eux, ont vu la retenue à la source sur

les intérêts de l'épargne augmenter de 10 à 20% en 2017 ? Pourquoi le capital bénéficie-t-il toujours d'une imposition plus faible que le travail ?

Alors que les mutations du monde du travail et la financiarisation de l'économie mondiale accroissent les inégalités, l'industrie des fonds devrait précisément contribuer davantage au développement économique et social du Luxembourg, dont elle est la première à tirer profit. Le monde de la finance semble, au contraire, avoir oublié l'objectif de tout investissement, qui était à l'origine de fournir des capitaux aux entreprises ou aux personnes pour leur permettre de mener à bien des projets ayant un impact sur l'économie réelle et sur la société. L'industrie des fonds s'est ainsi éloignée de cet objectif pour favoriser le rendement et la maximisation des profits de l'investisseur averti qui ne semble s'intéresser qu'à «faire de l'argent avec de l'argent».

A l'heure où l'Eurogroupe est parvenu à vider de toute substance le projet de taxe Tobin à l'europpéenne et suite aux révélations de LuxLeaks et des Panama Papers qui ont valu au Luxembourg d'être épinglé par Bruxelles pour une planification fiscale jugée agressive, la taxe d'abonnement, scandaleusement basse, demeure justifiée et la réduire davantage ne ferait qu'exacerber les velléités contre l'iniquité fiscale luxembourgeoise.

Majorer la taxe d'abonnement sur les fonds peu éthiques

Dans la lignée des engagements de la COP21 et en faveur d'une fiscalité



plus équitable, la CGFP considère que le gouvernement devrait rehausser la taxe d'abonnement et la majorer sur les fonds d'investissement spéculatifs et les fonds qui financent des entreprises dont le modèle repose sur l'exploitation des énergies fossiles, le nucléaire, l'armement, le travail des enfants, etc. La taxe d'abonnement majorée pourrait ainsi devenir à la fois dissuasive pour les investissements dans des fonds préjudiciables au climat et à l'humanité et incitative pour les investissements dans des fonds responsables, durables et éthiques.

Concrètement, chaque document d'information clé pour l'investisseur devrait indiquer un indice de durabilité basé sur le reporting intégré ainsi que le taux de la taxe d'abonnement applicable en fonction de cet indice afin d'inciter l'investisseur à prendre sa décision d'investissement non plus sur base de critères liés au seul rendement du fonds, mais également en fonction de son impact environnemental et social.

Stéphanie RAVAT,
Conseiller économique de la CGFP

CGFP und FGFC: Verkürzte Ausbildung unerwünscht

Seit beinahe 20 Jahren verfolgen die CGFP und die „Fédération Générale de la Fonction Communale“ (FGFC) aufgrund eines bestehenden Kooperationsvertrages das gemeinsame Ziel, sich für die Belange und den Schutz der Arbeitnehmer im gesamtöffentlichen Dienst einzusetzen. Aus diesem Grund standen Themen wie die Einstellungspolitik und die Ausbildung beim Staat und bei den Gemeinden im Fokus ihres jüngsten Treffens.

Mit der Abschaffung der sinnlosen 80/80/90-Regelung werden die Berufsanfänger künftig wieder ein volles Gehalt beziehen. Zudem wird die „Stage“-Zeit von drei auf im Prinzip zwei Jahre gekürzt. Der entsprechende Gesetzentwurf befindet sich derzeit noch immer auf dem Instanzenweg. Allerdings lässt unter anderem das Gutachten des Staatsrats weiter auf sich warten. Das Zusatzabkommen zum Gehälterabkommen von 2016 muss zügig im Parlament verabschiedet werden. Nur so lässt sich der öffentliche Dienst wieder attraktiver gestalten und der chronische Personalmangel beheben.

Für die CGFP und die FGFC ist es jedoch völlig inakzeptabel, dass im Zuge des verkürzten Referendariats die Anzahl der Ausbildungsstunden in manchen Laufbahnen verringert werden soll. Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung gelangte bereits die Berufskammer der öffentlich Bediensteten in ihrem diesbezüglichen Gutachten.



Die CGFP und die FGFC sind sich durchaus bewusst, dass durch die Kürzung der „Stage“-Zeit einige staatliche und kommunale Verwaltungen vorübergehend unter Zugzwang geraten können. Eine Reduzierung der Ausbildungsstunden wäre dennoch nicht zu rechtfertigen. Als nämlich im Jahr 2015 die „Stage“-Zeit von zwei auf drei Jahre erhöht wurde, weigerte sich die Politik, die Anzahl der Ausbildungsstunden den damaligen neuen Gegebenheiten anzupassen. Folglich dürfte es jedem einleuchten, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht den geringsten Anlass dafür gibt, in die umgekehrte Richtung zu preschen.

Dies verhindert jedoch nicht, den Inhalt des Lernstoffs den heutigen An-

forderungen anzupassen, indem man die zunehmende Digitalisierung sowie etwaige neue organisatorische Herausforderungen stärker berücksichtigt.

Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, unabhängig von ihrem Statut, über gute Kenntnisse verfügen müssen, was den Staat und die Arbeitsweise der Institutionen betrifft.

Im gleichen Kontext nutzten beide Berufsorganisationen das Treffen als Gelegenheit, eine Bestandsaufnahme der eingeleiteten Reform des Staatsexamens zu machen. Aufgrund der hohen Misserfolgsrate bestand dringender Handlungsbedarf. Das neu überdachte

Zulassungsexamen, das im „Institut National de l'Administration Publique“ (INAP) durchgeführt wird, scheint hinsichtlich der Erfolgsquote erste Früchte zu tragen. Getestet wird nun vorwiegend die Fähigkeit zu logischem, organisatorischem und mathematischem Denken.

Klärungsbedarf sehen die CGFP und die FGFC jedoch beim zweiten Test, der nach der „épreuve d'aptitude générale“ in den jeweiligen Verwaltungen bzw. auf Kommunalebene erfolgt. Die beiden Gewerkschaften fordern, dass klare Regeln zum Ablauf der Prüfungen festgelegt werden. Somit soll verhindert werden, dass die Kandidaten je nach Verwaltung auf unterschiedliche Art und Weise bewertet werden.

Ein weiterer Diskussionspunkt betraf das öffentliche Statut. Statt mögliche Änderungen im Hauruckverfahren vorzunehmen, sprachen sich die CGFP und die Gewerkschaft des Gemeindepersonals dafür aus, Arbeitsgruppen zu schaffen, um somit den kontinuierlichen Prozess zu begleiten.

Beide Kooperationspartner wollen sich künftig noch besser aufeinander abstimmen. Außerdem wollen sie bei der Ausarbeitung der Neuerungen rechtzeitig eingebunden werden, mit dem Ziel, in Zukunft böse Überraschungen in den Gesetzentwürfen zu vermeiden.

ml

**L'union fait
la force!**



CGFP

**Ihre Treppe
leicht hinauf
und leicht
hinunter.**

Entdecken Sie den Treppenlift und
den Hauslift von thyssenkrupp.

Kostenloses Preisangebot und
Beratung unter 40 08 96.

luxembourg@thyssenkrupp.com
www.thyssenkruppascenseurs.lu



CGFP - Website

**Abonnieren Sie jetzt
die CGFP-Newsletter**

**Immer topaktuell
unter www.cgfp.lu**



**MON PATRIMOINE
GÉRÉ PAR MA BANQUE PRIVÉE
À LUXEMBOURG**

- MON PROJET IMMOBILIER À BRUXELLES
- LE MBA DE MA FILLE À LONDRES
- MA RÉSIDENCE SECONDAIRE À CANNES
- LA START-UP DE MON FILS À MUNICH
- MON VOILIER À MONACO



Réseau européen. Siège luxembourgeois.



EUROPEAN
PRIVATE BANKERS

Luxembourg | Diekirch | Mersch | Canach | Ettelbruck | T 26 44 13 88 | b-immobilier.lu



**Cherchons terrains
et vieilles maisons à rénover.**
Réalisation de nouveaux projets immobiliers.



Casser la spéculation foncière professionnelle par une «Spekulantesteier» très musclée



176 millionnaires fonciers (à savoir 117 personnes et 59 sociétés) détiennent au Luxembourg chacun individuellement des terrains d'une valeur de plus de 10 millions d'euros. Voilà les spéculateurs qu'il faut attaquer de front si l'on est déterminé à casser la hausse des prix des terrains. Concernant les ravages occasionnés par la spéculation, le coupable n'est donc pas la grand-mère qui conserve quelques ares pour ses petits-enfants, ni les familles qui ont hérité de quelques hectares cultivés depuis des décennies par leurs ancêtres.

Les spéculateurs, ces ennemis du peuple qui s'engraissent à nos dépens, ce sont des gens qui ont racheté des terrains pour les retenir avec des visées purement spéculatives. En 2016 les 20% de particuliers et de sociétés les plus impliqués (3.182 personnes et 150 firmes) ont ainsi contrôlé 65% de la valeur foncière disponible pour l'habitat (soit 13,5 milliards d'euros) et 63% de la surface en question (soit 185.800 ares).

Ces chiffres et ceux mentionnés ci-après ne constituent pas des données inventées ou fabriquées pour une campagne haineuse, mais ils proviennent tous de publications de l'État, surtout de l'Observatoire de l'Habitat et du Stavec.

Le mal est bien connu de tous, depuis longtemps. Mais ceux qui pourraient agir ne font pas réellement bouger les choses. Ne savent-ils rien faire? Ou ne veulent-ils rien faire? Dans cette question cruciale, nos principaux partis politiques, sans le remarquer, ne tiennent manifestement plus compte des soucis des gens ordinaires. Cette incapacité d'agir risque de devenir à terme un problème majeur pour la paix sociale, la cohésion politique et la démocratie.

Le fameux «Eurobaromètre», le sondage périodique de la Commission Européenne, vient de révéler dans son édition de 2018 que pour 59% de la population du Luxembourg la préoccupation principale est le logement, avec une longueur d'avance sur tous les autres soucis, comme l'inflation (29%), le système éducatif (18%), l'environnement, le climat et l'énergie (18%) ou encore l'immigration (14%). Notons que pour l'ensemble de l'Europe par contre, les citoyens qui se préoccupent du logement ne représentent que 11% des personnes interrogées.

Notre Gouvernement et notre Parlement sont-ils désormais trop proches du monde des finances, estimant que le pays courrait trop de risques s'il s'aliénait les ploutocrates? Alors que nous ne savons même pas si ces spéculateurs fonciers exploitant la situation sont des investisseurs étrangers ou autochtones.

Et les autorités ne vont pas arranger l'affaire en revoyant le niveau de l'impôt foncier traditionnel ni la fameuse valeur

unitaire qui date d'un autre millénaire et qui n'a plus été réajustée depuis plus de trois-quarts d'un siècle. Encore une fois: Face au débordement des prix au cours des dernières années l'inaction des responsables du pays est un jeu dangereux, dans ces temps où les populistes attaquent avec succès les manquements de la classe politique en place et les exploitent à leurs fins plus que douteuses.

En capitulant devant la flambée des prix des terrains, l'État continue à permettre le renchérissement continu des logements et par là une hausse sans fin des loyers, avec notamment des effets dévastateurs sur le budget mensuel des moins bien rémunérés et des plus démunis.

Négliger le dérèglement persistant du marché immobilier attisera donc fatalement l'explosion des inévitables coûts futurs de notre politique sociale. Et le patronat qui, sous prétexte de compétitivité internationale, fustige les transferts sociaux, le salaire minimum et l'indexation, tous prétendument excessifs, trop élevés et ruineux, devrait en toute logique rejoindre la lutte contre le plus important facteur de la vie chère au Luxembourg.

Quoi qu'il en soit, en matière de logement et de hausse des prix des terrains, rien de réellement efficace ne se produit pour le moment. Car de simples efforts rhétoriques ne déplacent pas des montagnes. Ce qui s'impose, c'est une attaque déterminée, très massive et résolument concentrée sur les grands spéculateurs, les vrais spéculateurs, donc sans importer ni grand-mère et ses petits-enfants, ni les héritiers du labourer.

Avant d'agir et avant de décider comment il faudra s'y prendre, l'on doit analyser la situation. Alors que dans ce pays le logement devient de plus en plus prohibitif, ce renchérissement n'est pas causé par la hausse courante des coûts de construction ou par une orientation vers plus de confort ou de luxe, mais par une progression vertigineuse des prix des terrains à construire.

Un premier diagnostic

Au Luxembourg, et ceci pour l'ensemble du pays, le prix de vente constaté des terrains à construire destinés au logement a été, en moyenne entre 2015 et 2017, de 65.521 euros par are, selon l'Observatoire de l'Habitat. Ce que nous appelons ici prix constaté est en fait, scientifiquement parlant, «le prix médian», le prix situé en plein milieu, celui par rapport auquel la moitié des ventes se fait à un prix supérieur et l'autre moitié à un prix inférieur.

Il y a de bons arguments pour baser les analyses de la situation actuelle et

de l'évolution récente sur les prix médians, plutôt que sur les prix moyens (qui sont généralement plus élevés), parce que le niveau de ces derniers est facilement distordu sous l'effet d'un nombre limité de transactions très coûteuses.

Notons qu'il y a deux approches pour mesurer les prix et leur évolution. Soit l'on recense les «prix annoncés», donc les prix demandés dans les annonces ou offres immobilières insérées dans la presse imprimée ou affichées sur les sites internet spécialisés, soit l'on recense au niveau des notaires les prix des ventes réellement effectuées, tels qu'ils ressortent des actes de vente. La deuxième voie est à préférer si l'on tient à utiliser des données fiables.

Étant donné le prix médian national de 65.521 euros par are, une analyse approfondie montre qu'au plan régional, il existe bien entendu un large éventail, le prix médian de beaucoup de communes du Nord du pays se situant entre 25.000 et 30.000 euros, alors que le prix médian de la capitale est d'un ordre de grandeur de 200.000 euros l'are.

La racine du mal

Le niveau élevé des prix est certes un constat hautement regrettable, mais ce qui est bien plus inquiétant, c'est la croissance vertigineuse du niveau atteint. Les statisticiens ont hélas établi pour le territoire national qu'entre 2010 et 2017 le prix à l'are a augmenté au total de 50,5% en 7 ans, soit de 6,1% par an en moyenne. La progression a été persistante et passablement constante, puisque les avancées annuelles relevées se situaient toutes entre 5,2% et 6,8%.

Il faut ensuite retenir et souligner que cette inflation des terrains est sans commune mesure avec la hausse des coûts de la construction ou encore avec celle du prix à la consommation du panier d'achat de la ménagère. Pour ces deux indices, les experts ont en effet constaté sur 7 ans une hausse totale de 14,0% et de 11,2% respectivement. On est donc très loin des 50,5% pour les terrains à construire.

Le renchérissement d'une part des prix d'acquisition des logements et d'autre part des loyers pour les espaces loués a donc une cause très précise et indiscutable: les gains de spéculation d'un cercle exclusif de ploutocrates qui s'enrichissent de façon éhontée sur le dos du commun des mortels, au détriment de l'ensemble des habitants du pays comme de l'économie nationale et des firmes productives.

Le phénomène constaté n'est pas d'origine récente et ne date pas de 2010, contrairement aux statistiques disponibles. C'est en fait depuis des décennies que ce fléau persiste sans

être gêné autrement que par une mise en cause anodine dans des discours politiques de circonstance.

Le moment est venu de localiser clairement d'une façon précise et pointue ce vilain jeu, pour pouvoir prendre des mesures spectaculaires et efficaces. Pour exiger que une telle démarche courageuse et volontariste, nul besoin d'échafauder une théorie de complot ou de méchantes accusations non prouvées et non prouvables. Bien au contraire, les faits sont absolument univoques et ils sont bien connus dans le détail. Il suffit d'en tirer les conclusions requises.

Une rareté créée artificiellement

En 2016 une proportion de 9% de la surface du pays, soit un total de 23.500 ha, constituait des terrains urbanisés ou destinés à être urbanisés, selon les plans d'aménagement généraux (PAG) communaux. Ces zones contiennent des espaces pour toutes sortes de besoins, mais 43% (ou 10.500 ha) constituent des zones d'habitation et 15% (ou 3.500 ha) des zones mixtes destinées en partie à l'habitat. Si l'on estime que les zones mixtes seront utilisées pour les trois quarts à des fins d'habitat, l'espace total disponible pour la construction de logements se chiffre donc à 13.000 ha.

Une partie de ces terrains ont toutefois été déclarés par les autorités communales comme étant seulement disponibles à terme (zones «à utilisation différée»). Les divers encouragements financiers de l'État ne parviennent manifestement pas à inciter les municipalités à aller de l'avant au rythme nécessaire. Aussi l'État devrait-il, sans toucher à la sacro-sainte autonomie communale, imposer des pénalités sensibles aux municipalités disposant dans leur périmètre d'importantes surfaces certes disponibles pour l'habitat mais dont l'utilisation reste administrativement interdite.

Par une série de restrictions, quelque justifiées que celles-ci puissent être, les autorités publiques, communales comme étatiques, participent donc activement à affaiblir l'offre de terrains sur le marché de la construction et facilitent ainsi objectivement le jeu des spéculateurs.

Un gigantesque déséquilibre

En fait, seulement une surface de 5.300 ha seulement est aujourd'hui réellement disponible pour la construction, dont 2.850 ha pour l'habitat. Ceci ne suffit, selon une estimation de l'Observatoire de l'Habitat, que pour construire 50.000 à 80.000 logements. À noter encore que cette surface appartient à 89% à des acteurs du privé et à 11% au secteur public.

suite page suivante

suite de la page 11

Si nous incluons en outre les zones à utilisation différée, en supposant qu'elles seront toutes débloquées à terme et effectivement allouées au logement, et si donc nous considérons le total des 13.000 ha prévus pour l'habitat, cette surface ne suffira toujours pas aux besoins réels. Sans parler du fait que ce calcul suppose une disparition miraculeuse de toute rétention spéculative!

En effet, selon les très récents scénarios du Statec pour l'évolution économique et démographique du pays, l'on aurait besoin d'ici à 2060 d'un total de 243.000 à 324.000 logements additionnels, le chiffre le moins élevé supposant une croissance zéro pour le PIB (hypothèse totalement irréaliste) et le chiffre supérieur se référant à une croissance moyenne réelle de 4,5% par an.

Ce besoin correspond à une réalisation annuelle moyenne de 5.650 à 7.500 logements. Cette attente est très loin de la réalité actuelle, puisqu'au cours des 8 dernières années pour lesquelles cette donnée est disponible (2009 à 2016), l'on a construit moins de 3.000 logements nouveaux par an. Encore que ce chiffre ne correspond qu'au nombre de logements livrés, et non pas à l'accroissement net annuel.

Dans les données mentionnées sur les surfaces disponibles, ne sont toutefois pas inclus les terrains occupés par des immeubles non utilisés ou sous-utilisés, donc par des bâtiments âgés et destinés à être détruits. Les informations fournies proviennent en majeure partie de l'exploitation de photographies aériennes. Celles-ci permettent de détecter les terrains à l'intérieur des plans d'aménagements communaux qui ne sont pas occupés par une construction, mais elles n'identifient pas des immeubles attendant leur démolition en vue d'un recyclage du terrain.

Des responsabilités politiques

Les propriétaires du secteur public, nous venons de le mentionner, possèdent donc 11% de la surface réellement utilisable à court terme mais non encore utilisée, soit 300 ha, qui suffisent pour construire 6.000 à 9.000 logements. Même si dans certains cas, des procédures sont éventuellement déjà lancées, il est cependant indéniable que les acteurs du secteur public bloquent ou retardent malheureusement de façon significative l'utilisation de ces espaces.

C'est ainsi notamment que le Fonds du Logement peut acquérir des terrains en exerçant son droit de préemption. En même temps, la chientit structurelle au sein de cette administration, causée par une série de scandales d'origine purement politique dans le passé, fait que le Fonds ne sait pas rapidement augmenter ses activités de construction, comme il devrait le faire massivement dans les circonstances présentes.

Ainsi, certains terrains sont donc le cas échéant rachetés, aux dépens

de promoteurs privés disposés à y construire rapidement, en faveur d'une structure publique incapable d'en assurer un usage rapide. De la sorte, la politique gouvernementale et, en conséquence, l'inertie de certaines parties du secteur public contribuent à limiter la disponibilité de terrains utilisables et à renforcer le déséquilibre pénalisant qui nourrit la spéculation et l'inflation.

Complicité de fait

Même si l'État figure en matière fiscale de toute évidence parmi les grands profiteurs de l'inflation foncière, les autorités gouvernementales devraient enfin cesser de se comporter, par leur inaction comme par certaines de leurs actions, en complices de ces magnats de l'immobilier.

Ainsi faudrait-il s'efforcer d'utiliser des terrains de construction détenus par le secteur public (État, communes, fonds publics) de façon expéditive pour créer des logements additionnels, par exemple en recourant (notamment en sous-traitance) à des promoteurs privés. Ce qui ne devrait pas empêcher les autorités d'imposer certaines contraintes sociales, sociétales ou autres.

Il est indiscutable que c'est précisément le déséquilibre massif entre l'offre et la demande, persistant depuis des décennies sur la totalité de notre territoire national, qui fait qu'au Grand-Duché la spéculation foncière est un jeu hautement lucratif et démenti de tout risque financier. Un jeu ultra facile, qui crée des millionnaires aux dépens du commun des mortels.

Il suffit aujourd'hui de disposer des moyens financiers requis et de manquer de tout scrupule. Cette arnaque, où l'on est gagnant à chaque coup, est bien entendu parfaitement légale et assurée d'une impunité totale.

Cette situation dure depuis des décennies en raison de notre croissance économique fulgurante et de l'expansion démographique constante et rapide qui l'accompagne. Le cas du Luxembourg est à cet égard très particulier.

Et ce désastre qui nous afflige persistera en toute probabilité tout en risquant de s'accélérer encore, si l'on n'agit pas avec courage. Il est en effet clair que les mécanismes du marché ne sauront pas résoudre l'anomalie. Dans l'intérêt de la qualité de vie des habitants du pays comme dans celui de la compétitivité du site économique luxembourgeois, une intervention étatique résolue est indispensable et elle devrait intervenir dans les meilleurs délais.

Les malfaiteurs

Il s'avère en effet, comme évoqué dans l'introduction de la présente analyse, qu'au Luxembourg 176 millionnaires fonciers (à savoir 117 personnes et 59 sociétés) détiennent chacun individuellement des terrains d'une valeur de plus de 10 millions d'euros.

Ce qui est plus frappant encore, c'est que les 20% de particuliers les plus impliqués (3.182 personnes) et les

20% des sociétés les plus engagées (150 firmes) contrôlaient en 2016 des terrains d'une valeur totale de 13.456 millions d'euros. Ils détenaient ainsi 65% de la valeur foncière disponible pour l'habitat et 63% de la surface en question, soit 1.858 ha ou 185.800 ares.

À noter en même temps que 11.179 «petits» propriétaires privés disposaient d'une surface individuelle de moins de 10 ares. Même si dans ces cas un usage privé plus ou moins prochain des terrains n'est pas à attendre dans tous les cas, il faut toutefois convenir que ce comportement est fort compréhensible et se distingue foncièrement de la mentalité de rapace que nous dénonçons chez les spéculateurs professionnels.

Il serait dès lors non justifié de laisser déborder sur cette frange limitée de terrains immobilisés l'indispensable guerre à mener contre la spéculation. De même, la propriété de terrains agricoles détenus en partie depuis des décennies voire des siècles pour une exploitation familiale ne sont pas à l'origine du problème dénoncé ci-avant.

Les héritiers de terrains sont des gagnants chanceux, que l'on peut certes envier sur un plan personnel, mais ils ne sont en rien à l'origine du mal. Les gains qu'ils pourront réaliser sont à imposer selon le régime commun existant. L'usage agricole de terrains appropriés est plus que légitime, même si ceci empêche une construction prochaine sur ces espaces. Gardons-nous bien de tout sacrifier sur l'autel d'une croissance économique maximale!

Il y a donc lieu de tenir dûment compte des circonstances particulières qui viennent d'être évoquées, familiales et patrimoniales, et de bien cibler la lutte à lancer contre les authentiques spéculateurs fonciers, acquéreurs récents de surfaces, animés exclusivement par l'objectif de s'enrichir aux dépens de la communauté nationale, sans efforts et sans risques. De toute évidence, le vrai scandale qu'il y a eu lieu de dénoncer vient de la spéculation privée par un cercle limité d'acteurs économiques influents.

Mancœuvres de diversion

Contrairement à ce que prétend le président de l'Union des Propriétaires, le point décisif dans cette question n'est nullement une proportion excessive de terrains à construire détenus par le secteur public, mais ce sont d'une part l'énorme concentration de la réserve foncière dans les mains d'un nombre restreint de millionnaires, et d'autre part le fait qu'une partie excessive de ceux-ci se consacre sur la pernicieuse rétention des terrains sur de multiples années. Cette spéculation à long terme représente en effet donc une formule de gestion de fortune très intéressante du point de vue fiscal.

Les notaires, avocats et autres fiscalistes n'ont évidemment aucun intérêt à freiner l'évolution des prix et la progression des profits de leur clientèle. Mais, d'un point de vue déontologique, ils seraient bien avisés de se retenir

actuellement dans le débat public, ayant manifestement un conflit d'intérêt quand il s'agit de déterminer les choix politiques les plus conformes au bien-être public et à l'intérêt national.

Dans la situation désastreuse constatée et face à la stratégie dénoncée ici, il n'y a qu'un seul moyen d'action possible, étant donné que plusieurs partis politiques excluent a priori toute mesure d'expropriation de terrains. Alors qu'en fait, notre jeunesse dans son ensemble est actuellement la victime d'une expropriation constante, rampante et cachée de son futur, par des spéculateurs silencieux et anonymes. Sans que les mêmes politiciens ne s'émouvent dûment de cette expropriation-là. Les sympathies politiques sont ici plus que déséquilibrées et particulièrement anti-sociales.

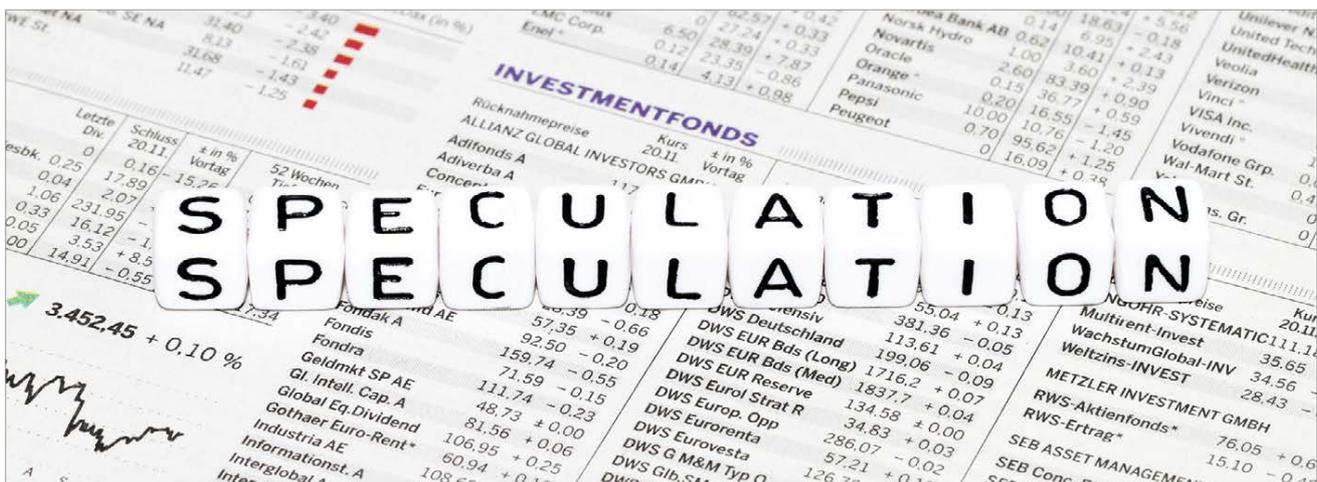
Le seul moyen d'action efficace à mettre en œuvre serait «eng Spekulantente-Steier», un «impôt contre les spéculateurs professionnels» d'un type entièrement nouveau. Il ne s'agit nullement d'un simple relèvement plus ou moins substantiel de l'actuel impôt foncier, mais bien au contraire d'un tout nouvel impôt, très ciblé, franchement massif et délibérément confiscatoire, capable de briser la logique de l'enrichissement facile sans motif légitime.

Une attaque ciblée

Pour que la démarche soit juste et équitale (et en même temps politiquement acceptable) il est nécessaire de bien veiller à ce que cet impôt ne vise que les seuls spéculateurs ayant accaparé des terrains et les retenant par esprit de lucre, s'engraissant ainsi au dépens de la communauté nationale.

Il ne faut pas viser et gêner les familles conservant (ou même se procurant) un terrain à construire à usage personnel, ne détenant donc que des surfaces limitées, p. ex. 10 ares par personne dans un ménage fiscal. De la même façon faut-il exempter toutes les surfaces d'exploitation détenues depuis des dizaines d'années (et même celles échangées ou acquises plus récemment dans le contexte d'une exploitation durable du sol), alors même qu'ils se trouvent à l'intérieur d'un périmètre urbain. Tout comme il faut exonérer, dans la limite de durées raisonnables, tous les terrains déjà engagés concrètement dans des opérations de lotissement et de construction, quel qu'en soit le détenteur.

Une fois préservées, ces exceptions particulières bien justifiées, tout comme peut-être certaines autres situations similaires à circonscrire avec plus de précision, le vrai patrimoine foncier spéculatif doit être frappé d'une fiscalité très musclée, capable d'exproprier le gros des gains de spéculation. Les modalités précises restent à être discutées et arrêtées avec le concours des experts de l'administration. Mais il est évident que l'efficacité requise ne pourra être assurée que si l'on respecte avec rigueur certains principes.



Une attaque massive

La solution la plus efficace et praticable à soumettre à la discussion publique semble être un impôt annuel sur la valeur de marché des terrains retenus dans la définition qui vient d'être exposée. Cet impôt devrait être d'un taux d'au moins 5% appliqué à la valeur marchande des terrains en question.

Seul un prélèvement d'une telle ampleur massive pourra parvenir à annuler grosso modo les profits de la spéculation, si l'on tient compte du coût de financement. Rappelons que les plus-values annuelles constatées les 7 dernières années se sont situées entre 5,2 % et 6,8%, avec une moyenne se situant à 6,1%.

Acquérir des terrains simplement pour les détenir comme placement financier et pour profiter à long terme de leur prise de valeur ne sera plus, une fois grevée par une pareille charge fiscale, un «business model» sensé. Et les investisseurs à la spéculation, nationaux comme étrangers, se détourneront alors fort vite vers des objets plus lucratifs, d'autant plus que la nouvelle imposition proposée est immédiate, alors que les plus-values en perspective ne se réaliseront qu'à terme.

Une alternative concevable (et même une solution pouvant a priori paraître plus logique) serait évidemment de taxer non pas les actifs fonciers en question avec une charge annuelle écumant la plus-value courante, mais d'imposer plutôt au moment de la vente les plus-values effectivement réalisées, par exemple à raison de 80% ou 90% du profit net constaté. L'effet général de cette autre solution serait en principe comparable, mais l'on peut douter de l'efficacité réelle d'une pareille formule.

Non seulement certains concernés choisiront simplement de patienter, en pariant sur le succès de leurs démarches politiques massives en faveur d'une abolition ou d'une réduction future de cette pénalité. Plus décisivement: une telle charge fiscale lors de la vente, contrairement à un prélèvement annuel, n'obligerait pas les concernés à mettre tout de suite la main à la bourse. Si par contre l'impôt vient les frapper annuellement, ils auront à entamer sans tarder des ventes au moins partielles pour ne pas accroître constamment leur exposition financière dans la spéculation en question.

La démarche la plus utile

Ce qui est crucial pour le succès de la démarche proposée, c'est que l'imposition doit être très massive, avec une charge annuelle du même ordre de grandeur que les hausses de prix constatées depuis des années. Avec un impôt significativement plus bas, en effet, l'efficacité de la mesure ne serait pas simplement diminuée de quelques degrés, mais elle risque très sérieusement d'être totalement annulée.

Bien plus, il est probable qu'un impôt trop timide risquerait d'avoir des effets importants totalement pervers. Au lieu de casser la hausse des prix fonciers en enrayant la spéculation, il risquerait au contraire d'attiser l'inflation. Dans ce cas, en effet, l'on ne rajouterait qu'un prélèvement additionnel, les spéculateurs restant en mesure d'intégrer le nouvel impôt dans leurs prix de vente.

Ce dernier scénario n'a rien d'improbable, si les spéculateurs gardent la haute main sur le marché et sur la formation des prix. Il ne suffit donc pas de rendre furieux les propriétaires en question, en les taquinant avec un prélèvement tout au plus gênant. Il faut au contraire carrément casser le mécanisme pervers qu'ils exploitent. En se rappelant bien que les malheureuses victimes futures de cet acharnement étatique ne seront que des millionnaires.

C'est l'État qui est sollicité

Les revenus du nouvel impôt proposé pourraient évidemment, si ceci est souhaité, servir à des investissements étatiques ou communaux dans le domaine de l'habitat ou liés à celui-ci. Mais quelle que soit la destination ou l'utilisation des nouvelles recettes, il devrait s'agir en toutes circonstances d'un nouvel impôt prélevé par les soins de l'État et appliqué uniformément sur tout le terrain national, avec un même taux mais évidemment une base d'imposition liée aux réalités économiques locales.

La levée de cet impôt n'est surtout pas à déléguer à des décisions communales. L'expérience faite avec la malheureuse loi pour imposer les logements inoccupés a amplement prouvé le manque de courage des édiles locaux et l'insuffisance de leur appareil administratif pour la perception d'impôts jugés nécessaires par la communauté nationale.

Soulignons ensuite que le nouvel impôt devra, pour être efficace et juste,

se calculer non pas sur la surface mais sur la valeur marchande des terrains à construire. Ceci dit, tout le monde a pleinement conscience de ce que la détermination individuelle de cette base d'imposition par l'administration ne risque certainement pas de devenir un exercice anodin.

Les spécialistes auront ici du pain sur la planche pour trouver les modalités les plus appropriées. Si l'on devra probablement partir en premier lieu de la valeur de marché des surfaces constatées récemment dans les différentes régions, communes ou localités, il n'est pas moins évident que même dans un périmètre limité, les valeurs effectives peuvent varier considérablement.

Puisque nous parlons pour ce nouvel impôt de montants très conséquents, de l'ordre d'un milliard d'euros par an, il faudra bien s'attendre à des contestations et litiges multiples d'une envergure sensible. Un moyen d'éviter d'éventuelles injustices administratives et des conflits à leur propos serait de prévoir un mécanisme de redressement au moment de la cession ultérieure des terrains, où le prix effectivement touché à la vente déclencherait un nouveau calcul et un redressement, à la hausse ou à la baisse, des montants totaux versés auparavant au titre de la «Spéculante-Steiers».

Massif, mais éventuellement graduel

Le taux de 5% ayant été avancé, il faut souligner, une fois de plus, qu'il est logiquement impossible d'accepter un taux sensiblement plus bas. Mais rien ne s'oppose par contre à une montée en puissance graduelle sur plusieurs années, p. ex. un taux de 1% pour 2019, de 2% pour 2020, etc., du moment que ceci ne met pas en doute la ferme détermination sur l'objectif élevé à atteindre en vitesse de croisière. Une telle approche en cascade permettrait un ajustement graduel, évitant un étrangement des capacités de production du secteur de la construction.

Du moment que la durabilité à terme du nouvel impôt n'est pas mise en doute, une introduction progressive n'enlèverait rien à l'efficacité du mécanisme et n'en empêcherait même pas un effet rapide. Il est établi que sur les marchés les spéculateurs s'ajustent rapidement aux perspectives économiques du moyen terme, donc ici à leurs attentes

d'une disparition inévitable des profits qui étaient possibles dans le passé.

Ce qui est crucial, c'est le choix d'un taux d'imposition final suffisamment massif pour assurer que la spéculation ne sera plus rémunératrice. À cet égard, un impôt de l'ordre de 5% paraît suffisant pour ne plus pouvoir être répercuté sur les futurs prix de vente, sans conséquences graves pour le marché. Mais sans un découragement très massif, l'on ne saura faire capituler les spéculateurs et leurs conseillers fiscaux.

Toujours est-il que les évolutions des prix que l'on finira par constater à la suite de cette réforme fiscale permettront d'ici quelques années de déterminer dans quelle mesure le tir sera à ajuster pour le futur, dans un sens ou dans l'autre.

Un débat à mener

Il n'est pas nécessaire d'entrer ici dans d'autres détails et d'anticiper les réactions et les conseils utiles des gens qui sont des experts en la matière. Mais pour montrer quelles questions collatérales se poseront, il suffit de mentionner un seul cas.

Comme, depuis des années, les spéculateurs professionnels ont déjà mis la main sur des terrains hors périmètre communal mais à la lisière de celui-ci, dans la perspective lointaine d'un inévitable élargissement des localités, il y aura forcément lieu de tenir compte également des cas de cette nature.

Actuellement ces surfaces hors périmètre ne sont pas détournées du contingent des terrains utilisables par leurs détenteurs. Leur soumission immédiate à l'impôt proposé ici ne se justifie donc pas dans la même logique et elle ne soulagerait du reste en rien ce marché.

Mais pour chaque pareil cas, et dans la mesure où nos définitions restrictives seront remplies (terrains acquis dans un but purement spéculatif), la hausse de la valeur des années antérieures au reclassement devrait en toute logique faire l'objet expost d'un impôt anti-spéculatif similaire d'une rigueur comparable. Tout comme l'explosion de valeur soudaine, causée par le reclassement lui-même, sera à imposer à ce moment-là pour assurer que le spéculateur se sente alors poussé à aliéner rapidement ces terrains, du moins en partie, ne fût-ce que pour pouvoir régler la note fiscale.

Paul Zimmer

CGFP-Baukredit

Ihr Vorteil:

Ein **Direkt**-Abschluss Ihres Bausparvertrages bei der Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement, der Facheinrichtung der Berufsorganisation des öffentlichen Dienstes, sichert Ihnen den landesweit schnellsten und günstigsten Kredit.

Für unverbindliche, vertrauliche und kompetente Beratung:

Tel.: 47 36 51

CGFP  Logement



Avis de la Chambre des fonctionnaires et employés publics sur le Budget de l'État 2019

Playdoyer pour une réforme fiscale équitable

Lutte contre la flambée des prix au logement

Contexte budgétaire et investissements publics

Le projet de budget de l'État pour l'exercice 2019 a été présenté par le ministre des Finances sous les signes de la cohésion sociale, de l'équité, de la compétitivité et de la durabilité. Il s'inscrit, en accord avec les objectifs prévus par l'accord de coalition, dans une perspective de continuité des politiques et projets entamés par le gouvernement précédent, les axes prioritaires des investissements publics concernant notamment le logement, la digitalisation de l'économie, le climat et la protection de l'environnement, les transports publics ainsi que la fiscalité.

Si la Chambre des fonctionnaires et employés publics approuve les investissements importants qui seront réalisés dans tous ces domaines indispensables pour les besoins futurs du Grand-Duché de Luxembourg, elle regrette qu'une grande partie de ces investissements s'apparentent plutôt à du rattrapage de retards accumulés au cours de plusieurs décennies qu'à du vrai progrès. De plus, la Chambre déplore que des mesures concrètes et fondamentales fassent toujours défaut dans certains domaines importants.

Soutenabilité à long terme des finances publiques

Le projet de loi relatif à la programmation financière pluriannuelle pour la période 2018-2022 revient sur les conclusions du groupe de travail mis en place dans le cadre de l'évaluation de la réforme et de la situation financière du régime général d'assurance pension. La Chambre rappelle, dans ce cadre, la nécessité d'envisager de recourir à des sources alternatives de financement des différents régimes d'assurance pension, qui ne devraient plus nécessairement se baser exclusivement sur la masse salariale.

Elle rejette par ailleurs l'une des recommandations de la Commission européenne qui vise notamment à maintenir dans l'emploi ou prolonger l'employabilité plus particulièrement des travailleurs âgés peu qualifiés et considère que le socle européen des droits sociaux devrait, au contraire, favoriser le départ à la retraite anticipée des travailleurs les moins qualifiés en tenant compte de critères de pénibilité du travail au cours de leur carrière.

Fiscalité

Le projet de budget prévoit quelques mesures fiscales louables, qui sont censées s'inscrire dans l'objectif d'une fiscalité équitable, sans pour autant redresser les distorsions fiscales existant au détriment des personnes physiques. En effet, les recettes publiques reposeront toujours principalement sur ces dernières personnes.

Plutôt que de s'engager dans la voie d'une contribution équitable des acteurs économiques, le projet de loi relatif à la programmation financière pluriannuelle pour la période 2018-2022 s'oriente de nouveau vers une répartition des efforts qui fait peser les coûts de la croissance essentiellement sur le travail.

Impôt sur le revenu des personnes physiques

La Chambre déplore que le gouvernement n'apporte toujours pas de réponse au problème du traitement fiscal injuste des veuves/veufs et des ménages monoparentaux en classe d'impôt 1a. Il est regrettable que le gouvernement n'entende pas entamer une solution rapide dès l'année 2019 en faveur d'une catégorie de contribuables qui subit actuellement une progression très soutenue du barème dès les tranches de revenu situées entre 25.000 et 50.000 euros. L'affirmation reprise dans l'accord de coalition relative à l'introduction «d'un

Avis portant sur:

- le projet de loi concernant le budget des recettes et des dépenses de l'État pour l'exercice 2019;
- le projet de loi relatif à la programmation financière pluriannuelle pour la période 2018-2022;
- le projet de règlement grand-ducal portant abrogation du règlement grand-ducal du 18 décembre 2015 portant exécution de l'article 164bis, alinéa 10 de la loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu;
- le projet de règlement grand-ducal portant exécution de l'article 139quater, alinéa 7 de la loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu;
- le projet de règlement grand-ducal modifiant le règlement grand-ducal modifié du 17 décembre 2010 fixant les taux applicables en matière de droits d'accise autonomes sur les produits énergétiques;
- le projet de règlement grand-ducal modifiant le règlement grand-ducal modifié du 21 décembre 1991 déterminant les limites et les conditions d'application des taux réduit, super-réduit et intermédiaire de la taxe sur la valeur ajoutée;

barème d'impôt unique nouveau» ne résout pas les problèmes actuels des contribuables concernés.

La Chambre des fonctionnaires et employés publics approuve l'augmentation nette de 100 euros du salaire social minimum, mais elle se doit de constater que le patronat se tient largement indemne de cette décision politique qui est finalement financée pour deux tiers par le budget de l'État moyennant le nouveau «crédit d'impôt salaire social minimum».

À ce sujet, la Chambre met par ailleurs en garde contre la mise en place d'un système d'attribution distinctive de crédits d'impôt, se justifiant certes du point de vue social, mais entraînant des complications administratives.

Au vu du poids grandissant de l'impôt sur le revenu des personnes physiques, inversement proportionnel à la réduction du taux d'imposition sur le revenu des collectivités, la Chambre réitère sa demande de réactiver le mécanisme d'adaptation automatique du tarif de l'impôt sur le revenu à l'évolution du coût de la vie. Elle rappelle en outre son opposition ferme à toute tentative de diminuer ou d'abolir la taxe d'abonnement.

Impôt sur le revenu des collectivités et imposition de l'économie digitale

Sans préjudice de la remarque précédente concernant le problème des distorsions fiscales existant au détriment des personnes physiques, la Chambre des fonctionnaires et employés publics marque son accord avec l'élargissement de 25.000 à 175.000 euros de la tranche de revenu à laquelle s'appliquera le taux minimal de l'impôt sur le revenu des collectivités, mesure qui constitue un signal en faveur des petites et moyennes entreprises commerciales et artisanales. Il s'agit en effet d'une mesure louable au bénéfice de contribuables généralement très dynamiques en termes de croissance et d'emploi. Elle regrette toutefois qu'une réduction du taux d'imposition minimal en faveur des petites entreprises ne soit pas prévue.

La Chambre approuve en outre que le gouvernement entende agir en matière d'imposition de l'économie digitale dans l'objectif d'une fiscalité équitable et efficace pour les entreprises actives dans le domaine du numérique, cela notamment au regard de la tendance mondiale à faire peser le poids de la croissance de plus en plus lourdement sur le travail, alors que, dans le même temps, tout un pan de l'économie

échappe en grande partie à l'impôt et contribue relativement moins que les travailleurs à la transition énergétique et digitale dont il ne fait que tirer profit.

Frais de déplacement

La Chambre met en garde contre une éventuelle réforme des frais de déplacement qui pourrait lourdement défavoriser les salariés ayant des horaires de travail irréguliers ou habitant des zones mal desservies par les transports en commun.

TVA

La Chambre ne peut qu'approuver l'élargissement de l'application du taux super-réduit de TVA (de 3%) aux produits d'hygiène féminine, aux livres électroniques, à la presse en ligne et aux publications électroniques.

Elle tient toutefois à appeler le gouvernement à la vigilance quant à la répercussion effective de l'application future du taux super-réduit de 3% sur les produits d'hygiène féminine. Cette mesure pourrait en effet s'avérer n'être qu'un leurre, étant donné que le «prix de vente recommandé» par les fournisseurs (internationaux) de ces produits est identique pour tous les pays.

Logement

La Chambre approuve que le gouvernement entende «poursuivre les efforts en matière de logements», l'accent du projet de budget de l'État pour l'exercice 2019 étant mis sur la promotion de mesures en vue d'un accès plus aisé au marché locatif.

Cela dit, elle constate que des mesures concrètes et efficaces pour lutter contre la situation désastreuse sur le marché immobilier font toujours défaut.

Réforme de l'impôt foncier

Il est louable que le gouvernement veuille entamer une réforme de l'impôt foncier. Une telle réforme ne semble toutefois pas être prévue à court terme, puisque le gouvernement a annoncé vouloir attendre, d'une part, la réforme de l'imposition individuelle et, d'autre part, que toutes les communes aient adapté leur plan d'aménagement général.

Révision du régime de la TVA-logement

La Chambre des fonctionnaires et employés publics estime que le plafond d'application du taux super-réduit de la TVA-logement de 50.000 euros devrait au moins être doublé, cela pour tous les travaux de construction et de rénovation de logements à des fins d'habitation principale ou destinés à la location. Une telle mesure aurait pour conséquence de favoriser tant l'accès à la propriété

que la rénovation de logements existants et de contribuer ainsi à remédier à la situation désastreuse sur le marché immobilier national.

Épargne-logement

La Chambre demande de supprimer la limite d'âge de quarante ans prévue pour le doublement des montants maxima des cotisations fiscalement déductibles en vertu d'un contrat d'épargne-logement, sinon d'accorder au moins ledit doublement jusqu'à l'âge légal de départ à la retraite (soixante-cinq ans).

Accès à la location

La Chambre approuve que le gouvernement envisage d'adapter les conditions (hausse du plafond de revenu) pour l'accès au financement d'une garantie locative. En l'absence d'indications sur le nombre de bénéficiaires effectifs et les montants accordés jusqu'ici, la pertinence de cette mesure est toutefois difficile à évaluer.

Elle relève toutefois la nécessité de mener une analyse préalable approfondie sur le fonctionnement du marché du logement et les besoins afin de définir une stratégie en faveur du logement sur le long terme. Elle fait par ailleurs remarquer que la garantie locative accordée par l'État constitue une avance limitée à trois ans au maximum, qui a vocation à être remboursée par les bénéficiaires et ne constitue donc pas une réelle dépense pour l'État.

SICAV-FIS

La Chambre invite le gouvernement à préciser et mettre en œuvre les mesures annoncées dans l'accord de coalition et visant à contrecarrer les abus concernant le recours aux SICAV-FIS dans le secteur immobilier.

Protection de l'environnement

La politique annoncée par le gouvernement dans le domaine de la protection de l'environnement, et surtout en matière d'efficacité énergétique et de décarbonisation, vise à dépasser l'ambition climatique se dégageant de l'Accord de Paris, qui est d'atteindre l'objectif de «zéro émission» en 2050 et le passage à 100% d'énergies renouvelables le plus vite possible.

Si la Chambre des fonctionnaires et employés publics soutient les efforts d'investissements annoncés, elle relève toutefois qu'il ne suffit pas de vouloir atteindre, voire dépasser les objectifs dictés au niveau international, mais il faudra d'abord s'accorder sur des mesures cohérentes et socialement bénéfiques sur le long terme.

En matière d'électromobilité et de promotion des transports en commun, il faudra veiller à mettre en place des moyens de déplacement efficaces et attractifs en évitant d'envisager des sanctions à l'encontre des automobilistes. Il est en outre indispensable d'accompagner les efforts de soutien des moyens de transport alternatif à l'usage de l'automobile d'investissements conséquents en faveur de la recherche pour trouver des solutions durables à l'impact environnemental. Or, à court terme, de telles solutions font malheureusement défaut.

Dans ce contexte, la Chambre approuve que le règlement grand-ducal visant à réintroduire le régime de primes de maximum 5.000 euros pour véhicules à zéro ou à faibles émissions ait été publié récemment.

Finalement, la Chambre des fonctionnaires et employés publics fait encore remarquer que l'augmentation des accises sur les carburants prévue par le projet de budget constitue une mesure minimaliste, aussi bien du point de vue écologique que du point de vue budgétaire.



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und CGFP

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

Lassen Sie sich unverbindlich beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden an:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)



Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2019

Baufinanzieren aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohntraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!

Shabby Chic – Alter vor Schönheit



Shabby Chic macht das Unperfekte salonfähig. Als Kontrast zur perfekten Einrichtung setzen jetzt Flohmarktfunde, auf alt getrimmte Designstücke oder antike Erbstücke Akzente.

Einrichtungstrends spiegeln den Zeitgeist wider. Besonders geschätzt in schnelllebigen Zeiten sind Möbel, die Geschichten erzählen. Glatt war gestern. Wer etwas auf sich hält, setzt heute auf Shabby Chic. Ganz neu ist dieser Trend nicht: Er entstand in den 1980er-Jahren im Vereinigten Königreich als Gegenbewegung zur gediegenen Innenausstattung im viktorianischen Stil. Shabby Chic ist immer noch aktuell – und schont

die Umwelt. Die Möbelstücke sind überwiegend aus Holz gefertigt und haben eine Vorgeschichte. „Ökologisches Bewusstsein setzt sich in den eigenen vier Wänden stärker durch“, sagt Iris Laduch von der BHW Bausparkasse. „Die Bauart der Möbel ist hochwertig, sie lassen sich reparieren und ihr Stil ist originell.“ Die Möbel sollen Geschichten erzählen. Natürliche oder künstlich herbeigeführte Gebrauchsspuren wie Kratzer, Kerben oder abgeplatzter Lack zeichnen die Stücke als Unikate aus. Fundstücke vom Flohmarkt gibt es bereits für wenige Euro. Teurer sind dagegen Exemplare von Retro-, Vintage- oder Antiquitätenbörsen.

Graffiti im Wohnzimmer



Nicht nur für draußen: Graffiti geben auch in Wohnräumen was her. Ob als vom Künstler höchstpersönlich gesprühtes Werk oder als Fototapete – der urbane Look verleiht Räumen Charakter.

Graffiti sind gefragt und als „Street-Art“ aus den Städten nicht mehr wegzudenken. Die im New York der 70er-Jahre entstandene Kunstrichtung wird in Museen ausgestellt, viele Städte bieten Fassaden zur legalen Gestaltung an. Neu ist, dass Comic-Elemente oder fotorealistische Bilder jetzt auch Innenräume gestalten. Fototapeten im „Street-Art-

Look“ lassen sich für wenig Geld verwirklichen. Wer ein Original haben will, engagiert einen Künstler, der direkt auf die Wand sprüht. Weniger Mutigen rät Ralf Palm von der BHW Bausparkasse zur Leinwand. „Die Graffiti-Leinwand hat den Vorteil, dass sie beim Umzug transportabel ist.“ Viele Graffiti-Sprayer rechnen nach Fläche ab, für einen Quadratmeter fallen circa 100 Euro an. Je angesagter der Künstler ist, desto mehr kostet die Gestaltung. Wer selbst zur Spraydose greifen will, muss nicht künstlerisch begabt sein: Mit Schablonen lassen sich im Handumdrehen kreative Motive an die Wand zaubern.



„fonction publique“-Themenreihe

Umbruch

Mutmaßungen über einen erneuten Untergang des Abendlandes



Der Vorwurf, die jüngere Generation läute den Untergang des Abendlandes ein, gründe kaum darauf, dass früher alles besser gewesen sei, schreibt Claude Heiser, Erster Vizepräsident der CGFP, sondern auf der Tatsache, dass wir uns in einer sich rasant verändernden Welt befänden, die unaufhaltsam ihre Bahn verfolge und mit der ihre eigenen Ansprüche erhebenden Welt von gestern zusammenstoße.

Zwischen den Zeiten

Phasen des Umbruchs begegnet der Einzelne mit einer gewissen Furcht und Skepsis. In der Tat rufen Veränderungen die Unbarmherzigkeit der Zeit ins Bewusstsein, die, stets vorwärtsgerichtet, vor nichts und niemandem Halt macht. Ähnlich wie der Herr am siebten Tag möchte der reifere Mensch auf sein Werk zurückblicken und mit Genugtuung feststellen, dass es gut sei. Die bestandene Qualitätsprüfung der eigenen Vergangenheit berechtigt das gegenwärtige Dasein, das somit einen Sinn erhält. Umso schmerzlicher erfährt das Individuum Wenden, die das Bisherige in Frage stellen, und entgegen ihnen mit Konservatismus, Kultur- und „Fortschrittspessimismus“, die ihren Ausdruck in der mit Bedauern verbundenen Feststellung, dass früher alles besser gewesen sei, findet. „Fortschrittspessimismus“ scheint meines Erachtens sehr menschlich zu sein, da das Fortschreiten der Zeit uns unmissverständlich klarmacht, dass wir – unsere Lebensart, unsere Weltanschauung, unsere „Kultur“ – früher oder später überlebt sein werden: Der Mensch bleibt nun eben eine Fehlkonstruktion, die auf dessen Endlichkeit beruht.

Besonders hart werden „Fin-de-siècle“-Generationen getroffen, die ins Kreuzfeuer zweier – einer untergehenden und um ihr Leben kämpfenden und einer aufkommenden, sich behauptenden – Epochen geraten: „Es gibt nun Zeiten, wo eine ganze Generation so zwischen zwei Zeiten, zwischen zwei Lebensstile hineingehört, daß ihr jede Selbstverständlichkeit, jede Sitte, jede Geborgenheit und Unschuld verlorengeht.“¹, so Hermann Hesse in seinem Roman

Der Steppenwolf, dessen Protagonist Harry Haller zu denjenigen gehört, „die zwischen zwei Zeiten hineingeraten, die aus aller Geborgenheit und Unschuld herausgefallen sind, zu denen, deren Schicksal es ist, alle Fragwürdigkeit des Menschenlebens gesteigert als persönliche Qual und Hölle zu erleben.“² Fragwürdig wird die bisherige Existenz, ungeborgen und enturzelt fühlt der Einzelne sich dann, wenn er mit Umbrüchen konfrontiert wird, die sich nicht auf punktuelle Veränderungen begrenzen, sondern ein ganzes gesellschaftliches und weltanschauliches Koordinatensystem erschüttern: Gutenbergs Erfindung des Buchdrucks gilt als „Revolution“, da sie die Reproduktion intellektuellen bzw. kulturellen Guts und somit dessen Zugang für eine breitere Masse förderte. Dennoch vollzog sich dieser Umbruch innerhalb eines statischen Koordinatensystems – die christliche Weltanschauung, das soziale und politische System blieben davon größtenteils unberührt. Gänzlich anders vollzogen sich die Mediatisierung und Digitalisierung gegen Ende des 20. Jahrhunderts, da sie einen unmittelbaren Einfluss auf das Privat- und Berufsleben, auf die Politik, auf das Verhalten und die Weltanschauung des Menschen im Allgemeinen ausübten.

Heute wird erneut von einer kulturpessimistisch gescholtenen reiferen Generation in Hinblick auf die jüngere der Untergang des Abendlandes eingeläutet. Der Grund dafür liegt kaum darin, dass früher alles besser war, sondern in der Tatsache, dass wir uns in einer sich rasant verändernden Welt befinden, die unaufhaltsam ihre neue – Bahn verfolgt und mit der ihre eigenen Ansprüche erhebenden „Welt von gestern“ zusammenstößt. Wir leben in der Tat „zwischen den Zeiten“, wie im Folgenden veranschaulicht werden soll.

Der schiefe Turm von Pisa – Bildungsmisere?

Seit längerem entlarvt die sogenannte PISA-Studie – für die zufällige Analogie zu der architektonischen Fehlleistung in der gleichnamigen italienischen Stadt darf man die OCDE-Apparatschiki beglückwünschen – den zum Teil desolaten Bildungsstand von seit Jahrhunderten kulturell führenden europäischen Nationen. Bemängelt werden, und dies auch an Luxemburger Schulen, dürftiges Allgemeinwissen und mangelnde sprachliche Kompetenz, vor allem in Rechtschreibung und Grammatik, so dass die Mutmaßung bzw. Behauptung, frühere Generationen (wir?) seien „besser“, gebildeter, gescheiter,



Der Einzelne fühlt sich ungeborgen und enturzelt, wenn er mit Umbrüchen konfrontiert wird, die sich nicht auf punktuelle Veränderungen begrenzen, sondern ein ganzes gesellschaftliches und weltanschauliches Koordinatensystem erschüttern.

d.h. intellektuell bemittelter gewesen, sich aufdrängt.

Meines Erachtens konkretisiert sich bei dieser Feststellung das „Zwischen-den-Zeiten“, da die jungen Menschen heutzutage in einem völlig anderen Kontext aufwachsen: Biblionome Medien sind längst den digitalen Medien gewichen, so dass

zwanzig Fernsehsendern und Langspielplatten) mit der Welt von heute (mit Internet, Apple-Pencil und One-Note, hundertfünfzig Fernsehsendern und Netflix, MP-3, I-Pad, I-Phone, ...) konfrontiert wird und diese neue Welt erst in den Kinderschuhen steckt. Zum Rückzug zu blasen und die Kinder und Jugendlichen ausschließlich



Die PISA-Studie maßt sich an, den vermeintlich desolaten Bildungsstand von seit Jahrhunderten kulturell führenden europäischen Nationen zu entlarven.

Kinder und Jugendliche in ihrem Alltag viel weniger mit „Schriftbildern“ als mit eigentlichen „Bildern“ konfrontiert werden. Der Kulturpessimist mag hier bereits eine Regression ins Zeitalter der Neanderthaler, die sich qua Höhlenmalerei ausdrückten, befürchten. Der Zusammenprall zwischen einer gebildeten Lehrerschaft und vermeintlich ungebildeten Jugendlichen ist umso heftiger, da hier die Welt von gestern (mit Büchern, Füllhalter und Papier,

hinter den Schreibtisch zu zwingen, scheint mir unter den gegebenen Umständen eine Illusion zu sein, geht es doch vielmehr darum, den Menschen zu formen bzw. zu bilden, den wir vorfinden. Jugendliche sind heutzutage anders, ohne aber zwangsläufig intellektuell weniger bemittelt zu sein. Viele Schulsysteme gehören europaweit noch eher der Welt von gestern an, Reformbestrebungen bleiben des Öfteren zaghafte Reformversuche,



Der Kultur- und Fortschrittspessimismus findet seinen Ausdruck in der mit Bedauern verbundenen Feststellung, dass früher alles besser gewesen sei.



Smartphonefreie Schulen werden von Erwachsenen beansprucht, die, während sie über die digitale Abhängigkeit von Jugendlichen debattieren, kurz einmal ihre E-Mails auf dem Tablet checken und eine SMS beantworten.



Unsere Gesellschaft, in ihrer Angst vor dem Unsagbaren und somit Unkontrollierbaren, pocht mehr denn je auf den alleinigen Wert vermeintlich objektiver Tatsachen, wobei sie sich zwangsläufig der Oberflächlichkeit verschreibt.

während sich eine systematische Anpassung an die neue Welt aufdrängt. Auch hier wird die Eigenschaft des Umbruchs offensichtlich.

Anstatt den Bildungsnotstand ausschließlich auf die Schülerschaft abzuwälzen, sollte man einen Blick auf die „neue“ Gesellschaft wagen. Smartphonefreie Schulen werden von Erwachsenen beansprucht, die, während sie über die digitale Abhängigkeit von Jugendlichen debattieren, kurz einmal ihre E-Mails auf dem Tablet checken und eine SMS beantworten. Wäre es nicht effizienter, einen verantwortungsbewussten Umgang mit den „neuen“ Medien ins Auge zu fassen? Rechtschreib- und Grammatikregeln sollen neben der sprachlichen Korrektheit dazu dienen, Schülern das Beachten von Regeln zu vermitteln, und das in einer Gesellschaft, in der allgemeine Regeln (Verkehrsregeln, höflicher Umgang mit den Mitmenschen ...) ständig missachtet werden. Tiefsinn und kritischer Geist werden in unserem Bildungssystem großgeschrieben, während Gesellschaft und Politik sich mit oberflächlichen Halbwahrheiten – meistens in einer rudimentären „Elementarsprache“ getwittert – zufriedene geben. Die Beschreibung des epochalen Umbruchs erfordert einen nüchternen Blick auf die zeitgenössische Gesellschaft.

Mittelmäßigkeit und Oberflächlichkeit

Bereits Horaz erkannte in der *aurea mediocritas*, in dem „goldenen Mittelweg“ einen Kompromiss und vielleicht eine Möglichkeit, jedwede Extreme zu vermeiden. Stellt insofern der Tiefsinn nicht ein solches Extrem dar, das dessen Ziel in dem Versuch liegt, einer absoluten Wahrheit näherzukommen, einer Wahrheit, die sich uns doch so begrenzten Menschen letzten Endes entzieht? Der wahrheitsliebende Richter Wildermuth in Bachmanns gleichnamiger Erzählung muss am Ende seiner juristischen Karriere bekennen: „Meine Lieben, es ist etwas Fürchterliches um die Wahrheit, weil sie auf so wenig hinweist, nur auf sehr Gewöhnliches, und nichts hergibt, nur das Allergewöhnlichste. Ich habe in all den Jahren von ihr nichts herausbekommen als dies Feststellen, dieses Beichten, das erleichternde Beichten von Tatsachen. Mehr war nicht von ihr zu haben.“¹ Unsere Gesellschaft in ihrer Angst vor dem Unsagbaren und somit Unkontrollierbaren pocht mehr denn je auf den alleinigen Wert vermeintlich objektiver Tatsachen, wobei sie sich zwangsläufig der Oberflächlichkeit verschreibt; denn nur auf der Oberfläche der Existenz finden wir Fakten, die „mittelbar“, d. h. dem Verstand zugänglich sind. Das mittlere Maß ist mittelbar, und die Mittelbarkeit oder Mittelbarkeit kennzeichnet unser Zeitalter. Wichtig ist nicht mehr die Botschaft, sondern die Tatsache,

dass die Botschaft ankommt, d. h. vermittelt werden kann. Bedauern die Anhänger der alten Welt den Verlust authentischer zwischenmenschlicher Kommunikation, so wird heutzutage mehr denn je kommuniziert. Ob Faktizismus oder Postfaktizismus, ob Realität oder erdichtete Realität, es kommt darauf an, dass alles auf Tatsachen beruht – Tatsachen, die per se Bestandteil der Oberfläche sind. Die Kollision der zwei Welten macht sich somit ebenfalls in der Durchsetzungskraft von Mittelmäßigkeit und Oberflächlichkeit bemerkbar: Während „früher“ Beweggründe, Intentionen, Tiefgründigkeit eine Rolle spielten, so begrenzt man sich heutzutage auf oberflächliche Fakten, die, erweisen sie sich nicht als gegeben, allgemeinen Missmut hervorrufen. Ein banales Beispiel aus dem Schulalltag: Die „Tatsache“, dass ein Schüler mit einem Spickzettel während einer Klausur erwischt wird, legitimiert in den Augen einiger Eltern keineswegs eine Strafmaßnahme; der materielle (also oberflächliche) Beweis muss geliefert werden, dass gespickt wurde – die unlautere Absicht spielt keine Rolle.

Respektlosigkeit und Egomane

Der Bewohner der Welt von gestern mag sich über die Respektlosigkeit seiner Mitmenschen ärgern: Früher war man höflicher, hilfsbereiter und „zivilisierter“, sei es in Bezug auf Verkehrsregeln, das Anstehen im Supermarkt oder den Respekt gegenüber Institutionen. Und in der Tat, Polizeibeamte werden öffentlich beschimpft, Lehrer müssen die schlechten Noten ihrer Zöglinge rechtfertigen, Politiker werden in der Regenbogenpresse verunglimpft – der Untergang der Zivilisation und die Rückkehr des *homo homini lupus* scheinen nah.

Doch auch die vorherrschende Respektlosigkeit ist auf einen weltanschaulichen Umbruch zurückzuführen.



Jeder Selbstverwirklichungsversuch wird durch die Anwesenheit anderer Individualisten gehemmt. Selbstwert und Selbstdarstellung sind in unserer Gesellschaft ausschlaggebend.

ren. Verdanken wir unsere geistige und körperliche Freiheit der längst vergangenen Aufklärung und Kants Forderung, sich aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit zu lösen, so hat sich der zeitgenössische homo sapiens längst wieder in eine selbstverschuldete Unmündigkeit verstrickt. Das Schwinden der Religionen, denen wir, gläubig oder ungläubig, zweifelsohne gewisse grundlegende abendländische Werte verdanken, sowie eine seit dem 18. Jahrhundert sich weiterentwickelnde „Hyperindividualität“ haben dazu geführt, dass der Mensch – Opfer seiner Tatsachen- und Oberflächenliebe – ganz auf sich gestellt ist. Basisdemokratie wird als subjektives Recht missverstanden, während Pflichten lästiger Freiheitsberaubung gleichkommen. Jedweder Selbstverwirklichungsversuch wird durch die Anwesenheit anderer Individualisten gehemmt. Wir leben also in einem neuen Zeitalter der Egomane, die wir selbst verschuldet haben. Ontologisch nach Sartre begründet: Durch den Blick des Anderen werde ich zum Objekt, während der Andere wiederum durch meinen Blick zum Objekt wird. Was den Menschen heutzutage beschäftigt, ist, wessen Blick stechender ist und wie das Ich seine Subjektivität verteidigen kann. In einer Gesellschaft, in der der Selbstwert oder, genauer, die Selbstdarstellung (Selbstverherrlichung?) ausschlaggebend ist, setzt sich Respektlosigkeit zwangsläufig durch, da „Respekt“ zunächst bedeutet, auf den Anderen „zurückzublicken“, d. h. dessen Befindlichkeiten ebenfalls zu berücksichtigen.

Die Unwiederholbarkeit des Gewesenen

Ziehen wir eine kritische Bilanz über die zeitgenössische Gesellschaft, so drängt sich mit Sicherheit eine kulturpessimistische Schlussfolgerung auf: schwindende Bildung, Mittelmäßigkeit und Oberflächlichkeit, Respektlosigkeit und Egozentrik. Kultur weicht eher einer facettenreichen populären Subkultur, so dass wir doch endlich, fast hundert Jahre nach Oswald Spenglers bahnbrechendem Werk, den „Untergang des Abendlandes“ besiegeln können. Meines Erachtens gründen aber der momentane Missmut und die vor allem geistige Untergangsstimmung auf der Tatsache, dass wir Zeugen eines Zusammenstoßes zweier Generationen, Welten oder Zeiten, zwischen denen kaum zwanzig Jahre liegen, werden. Die reifere Generation ist noch am Ende einer Welt geboren, deren Koordinaten, d. h. deren Umwelt und Kontext gänzlich anders gewesen sind als heute – sei es in der Bildung, in der Weltanschauung oder im sozialen Verhalten.

Bereits Johann Gottfried Herder entwickelte ein Geschichtsbild, demzufolge die historischen Epochen Zy-

klen darstellen, die je einen Eigenwert und ihre spezifische Auffassung von Glückseligkeit besitzen. Diese hängen von den Zeitumständen, dem Zeitgeist (Weltanschauung, Politik, Religion ...) ab. Jede Epoche bzw. Kultur durchlebt somit verschiedene Stadien, um letztlich von einer neuen abgelöst zu werden. Oswald Spengler entwirft seinerseits ein ähnliches Modell zyklischer Kultureinheiten, die wieder-um den verschiedenen Lebensaltern (von Geburt bis zum Tod) unterworfen sind. Unmut und Kulturpessimismus werden am lautesten, wenn die Überzeugung vorherrscht, man müsse alte, bessere Zeiten wiederbeleben. Stets suchte der Mensch nach dem Goldenen Zeitalter und stets musste er feststellen, dass



Wlfrid Schmickler – Kein zurück: „An den Haltestellen stehen die Verunsicherten im Dauerregen und warten auf die nächste Mitfahrgelegenheit. Denn alle wissen: wer jetzt den Anschluss verpasst, der landet auf dem Abstellgleis: aussortiert, verloren, abgehängt.“ (www.theaternacht-hamburg.org)

die Zeit sich unaufhaltsam nur in eine Richtung bewegt: „Auch in kein Land“, schreibt Herder, „hat die Bildung ihren Rücktritt nehmen können, daß sie zum zweitenmal geworden wäre, was sie war – der Weg des Schicksals ist eisern und strenge: Szene der Zeit, der Welt war schon vorüber; Zwecke, wozu sie sein sollten vorbei – kann der heutige Tag der gestrige werden?“

Diese Feststellung trifft auf unsere Gegenwart zu: Die Zeitumstände, der Zeitgeist haben sich in den letzten zwanzig Jahren so sehr geändert, dass ein Zurück kaum möglich ist. Das Problem ist, dass sich im Augenblick Bewohner der beiden Welten in unserer Gesellschaft befinden, wobei die reifere Generation das Schwinden der alten Welt bedauert. Vielleicht war es früher besser, aber auch die Zeitumstände waren anders. Wir erleben heutzutage, um es bildlich auszudrücken, eine Verschiebung tektonischer – kultureller, intellektueller und sozialer – Platten, die zum Teil für Erdbeben sorgen. Aber auch diese Platten werden sich früher oder später wieder setzen, so dass sich die kulturelle Untergangsstimmung legen wird. Konstruktive Kritik kann die Gesellschaft mit Sicherheit weiterbringen, während rein nostalgischer Kulturpessimismus eigentlich einer resignativen Haltung gleichkommt. Eine Anpassung an die neue Welt, auch wenn diese z. T. mit Schmerz verbunden ist, ist unumgänglich.

Claude Heiser

¹ Hermann Hesse: Der Steppenwolf. Erzählung, Frankfurt a. M. ³2013, S. 31. (=st 175)

² Ebd., S. 32.

³ Ingeborg Bachmann: Ein Wildermuth, in: Dies.: Sämtliche Erzählungen, München ²2008, S. 248.

⁴ Johann Gottfried Herder: Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit, hrsg. v. Hans-Dietrich Irmscher, Stuttgart 1990, S. 89. (= rub 4460)

CESI@home-Veranstaltung über Gewalt am Arbeitsplatz

Öffentlich Bedienstete sind erhöhtem Risiko ausgesetzt

„Rettungssanitäter angegriffen“, „Bürger bedrohen Gerichtsvollzieher“, „Lehrer von Schülern verprügelt“, „Mitarbeiter im Arbeitsamt mit Schere verletzt“: Diese Überschriften tauchen mittlerweile nahezu täglich in weiten Teilen Europas in den Schlagzeilen auf. Die Gewalt im öffentlichen Raum hat deutlich zugenommen. Der Arbeitsplatz wird immer häufiger zum gefährlichen Gewaltherd. Oft entladen sich Konflikte in verbale und körperliche Gewalt. Selbst Sanitäter, die Verletzten Hilfe leisten, sind davon betroffen.

Die Gründe für diese besorgniserregende Entwicklung sind vielschichtig. Neben einer steigenden Arbeitsbelastung trägt auch die nachlassende Akzeptanz staatlichen Handelns in weiten Teilen der Bevölkerung zur Eskalation bei. Anlässlich der CESI@home-Veranstaltung, zu der die Europäische Union Unabhängiger Gewerkschaften (CES) in Zusammenarbeit mit dem dbb beamtenbund und tarifunion am vergangenen 29. März eingeladen hatte, wurde die aktuelle Lage in den verschiedenen Sektoren analysiert. Gleichzeitig berieten die Teilnehmer über effiziente Schutz- und Beschwerdemechanismen.

Negatives soziales Verhalten am Arbeitsplatz

Eine Eurofund-Studie, die bei 40.000 Menschen in der EU durchgeführt wurde, liefert interessante Fakten über die Häufigkeit von negativem sozialen Verhalten am Arbeitsplatz. 19 % der Beschäftigten in der EU, die mit Kunden arbeiten, berichten über Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz, betonte Referatsleiterin Barbara Gerstenberger.

Bei jenen Beschäftigten, die nicht mit Kunden in Kontakt treten, sinkt diese Quote auf 9,5 %. Der Gesundheits-, Transport-, Bildungs- und Verteidigungsbereich sind die Sektoren, die am meisten betroffen sind. Der öffentliche Sektor ist wesentlich stärker betroffen als die Privatwirtschaft. Menschen, die Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz ausgesetzt sind, neigen vermehrt dazu, sogar dann noch am Arbeitsplatz zu erscheinen, wenn sie krank sind. Dahinter steckt die Angst, dass sich die Situation verschlimmert, wenn sie nicht auftauchen. ml

Beklemmend waren die Erfahrungsberichte, die einige Gewaltopfer im Laufe der Debatte schilderten. Boris Nowak, stellvertretender Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft Berlin, erlitt vor drei Jahren einen schweren Dienstunfall. Bei einer Schlägerei auf einer Hochzeitsfeier wurden ihm zwei Stühle von hinten auf den Kopf geschlagen. Der Streifenpolizist erlitt einen Halswirbelriss. Am Ende gab es nur acht Festnahmen und keine Zeugen. Um als Beamter in Berlin Schmerzensgeldansprüche zu erheben, hätte er selbst vor Gericht ziehen müssen. Ihm fehlte jedoch die Kraft, dem Täter noch einmal zu begegnen. „Der Staat hat sich zu sehr zurückgezogen, die Leidtragenden sind in solchen Fällen die öffentlich Bediensteten“, so Nowak.

Gewaltausbrüche am Arbeitsplatz sind ein europaweites Problem – insbesondere im öffentlichen Dienst. Auch in Luxemburg zeichnet sich dieser Trend im vermehrten Maß ab: 2018 wurden 63 Übergriffe auf Helfer und Polizisten festgestellt, wobei die Dunkelziffer wesentlich höher sein dürfte. Wie können derartige Übergriffe wirksam bekämpft werden? Diesen Fragen widmeten sich die Teilnehmer der CESI@home Veranstaltung, die im dbb Forum in Berlin stattfand. Fazit: Es gibt keinen Königsweg zum Schutz der Beschäftigten. Man kann aber schon etwas dagegen tun!

Valentino Tagliafierro, Berufsfeuerwehrmann aus Duisburg, erhielt bei einem Rettungseinsatz Faustschläge in den Nacken. Auch er musste damals eine eigene Anzeige stellen. Danach lud ihn sein Dienstherr zu einem Gespräch ein, mit der Bitte die Anzeige fallen zu lassen, da der Täter sowieso zahlungsunfähig sei. „Sanitäter werden angegriffen und erfahren selbst keine Hilfe. Das darf nicht passieren“, so Tagliafierro. In Luxemburg wurde am 7. Mai ein Gesetz verabschiedet, mit dem Gewalt gegenüber Helfern, die die zivile Sicherheit gewährleisten, unter Strafe gestellt wird. Die Täter riskieren Haftstrafen zwischen acht und sechs Monaten, bei Waffengebrauch drohen sogar bis zu zwei Jahre Gefängnis.

Kommt es zu Gewalt am Arbeitsplatz, müsse sich der Dienstherr vor den Beamten stellen, lautete eine der Hauptschlussfolgerungen. Die Beschäftigten sollten nicht selber eine Strafanzeige erstatten müssen, da sonst z.B. ihre Adresse in der Akte auftauche und sie Gefahr laufen würden, dass der Täter irgendwann unerwartet vor der Haustür stehe.

Das Strafrecht verschärfen

Mehrmals wurde betont, dass bei Angriffen auf Amtsträger das Strafrecht verschärft werden müsse. Leider sei es aber so, dass Staatsanwaltschaft und Gerichte aus Personalmangel zunehmend nicht mehr in der Lage seien, Verfahren zu eröffnen und mit einem Urteil abzuschließen, stellte Friedhelm Schäfer, Zweiter Vorsitzender des dbb, fest. Dabei sei gerade bei jungen Straftätern der Zeitfaktor von entscheidender Bedeutung, wenn

man nicht nur Bestrafung, sondern auch Einsicht erreichen wolle. Überzeugungstäter, die den Staat treffen wollen, müssten spüren, dass der Staat nicht zahnlos ist, sondern dass Angriffe Konsequenzen haben.

„Wenn diejenigen, die auf Recht und Gesetz hinweisen, bestenfalls als rechte Populisten bezeichnet werden, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn geschriebene Gesetze und gesprochenes Recht mehr und mehr der Beliebigkeit angeordnet werden“, legte Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, nach. Diese Entwicklung münde in Gewalt, weil sich dadurch eine Haltung festsetze, die immer mehr bedeute: „Der Staat hat mir alles zu geben (Transferleistungen), aber nichts zu sagen.“

Einig war man sich darüber, dass das Verschärfen des Strafrechts allein nicht ausreicht. Genauso wichtig sei Prävention, hieß es. Die Zunahme von Gewalt auf Amtsträger verdeutliche, dass eine Wertediskussion in der Gesamtgesellschaft zwingend erforderlich sei. Andernfalls würde man lediglich über die Folgen von Symptomen reden, meinte Friedhelm Schäfer. Dies käme einer Kapitulation vor der Ursache gleich. Eltern, die bei jeder schlechten Note ihres Kindes vor dem Klassenzimmer stehen und mit Klagen drohen, würden ichbezogene Kinder aufziehen, die nicht mit Konflikten umgehen können.

Die Gewalt gegen Lehrkräfte ist ein tägliches Phänomen in ganz Europa. Junge Menschen sind oft desillusioniert und kennen keine Autorität von Zuhause. Diese Umstände erschweren die

Arbeit der Lehrer. Manche von ihnen trauen sich in verschiedene Klassensäle erst gar nicht rein. Dieses Problem könne man nur lösen, indem man klare Regeln aufstelle, die auch durchgesetzt werden müssten, gab Jürgen Böhm, stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb, zu bedenken. Gerade im Bildungsbereich seien unter dem Deckmäntelchen von Toleranz viele Fehler begangen worden. Außerdem müsse die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Sicherheitsbehörden verstärkt werden. Auch minimale Bagatelldelikte müssten mit der Polizei besprochen werden.

Wie können sich die Gewerkschaften einbringen, um Gewalt am Arbeitsplatz besser zu bekämpfen? „Gefahrenzone öffentlicher Dienst“ nennt sich eine Kampagne, mit der dbb jugend NRW bundesweit viel Aufsehen erregt hat. Auf der Webseite www.angegriffen.info

Gravierende Folgen

Die Auswirkungen von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz können posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) hervorrufen. Zwischen Schadensereignis und der Aufnahme der Behandlung würden oft Monate bis Jahre vergehen, unterstrich Sven Steffes-Holländer, Chefarzt an der Heiligenfeld Klinik Berlin. Der Grund dafür liege auf der Hand: Im öffentlichen Dienst seien psychosomatische Erkrankungen gesellschaftlich stark stigmatisiert. Sie würden häufig als ein Zeichen von Schwäche und fehlerhafter Verarbeitung betrachtet.

Die Patienten hätten dadurch große Schwierigkeiten sich zu öffnen. Manche würden sich lange Zeit überhaupt nicht als Opfer wahrnehmen. Der Impuls für die Behandlung komme oft nicht von den Betroffenen selbst, sondern von deren Familien, die die Leidtragenden seien. Erschwerend hinzu komme, dass sich die Betroffenen oft in einer Rechtfertigungspflicht befänden, weil die Kostenträger bezweifeln würden, ob die Erkrankung wirklich etwas mit dem Ereignis zu tun habe. Bei der Diskussion sprachen sich mehrere Redner dafür aus, PTBS in manchen Bereichen als Berufskrankheit anzuerkennen, um zu vermeiden, dass Patienten auf Schwierigkeiten bei der Suche eines Kostenträgers für ihre Behandlung stoßen. Je später die Erkrankung nämlich behandelt wird, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer dauerhaften Dienstunfähigkeit. ml

werden Fotos mit Menschen in Dienstkleidung veröffentlicht, die den öffentlichen Dienst vertreten und Wunden im Gesicht tragen. Die Betroffenen haben zudem auf der Internetseite die Möglichkeit, in einem Kummerkasten anonym von den Erlebnissen zu berichten, die sie belasten.

Klare Regeln sind einzuhalten

Die sehr plakative und wirkungsmächtige Kampagne habe sich als Plattform rundum das Thema Gewalt



CESI-Treffen mit Außenminister Asselborn im Vorfeld der Europawahl

Den Neinsagern nicht das Feld überlassen

Zwischen dem 23. und dem 26. Mai sind die EU-Bürger zur Wahl des Europaparlaments aufgerufen. Dabei handelt es sich keineswegs um eine gewöhnliche Wahl: Sie ist richtungsweisend für die Zukunft der jüngeren Generationen in Europa. Exakt einen Monat vor dieser Schicksalswahl traf eine Delegation der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI), angeführt von CESI-Präsident Romain Wolff und CESI-Generalsekretär Klaus Heeger, in Anwesenheit von CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger, Außenminister Jean Asselborn zu einem ausgiebigen Meinungsaustausch.

Auf der Agenda standen vorwiegend aktuelle europäische Themen. In welche Richtung steuert die EU? Wie soll man mit dem steigenden Euroskeptizismus umgehen? Was kann man den nationalistischen und populistischen Strömungen entgegensetzen? Welche Folgen wird der Brexit für die EU insbesondere in sozialen und wirtschaftlichen Bereichen haben? Über diese und andere Fragen wurde während des Treffens intensiv diskutiert.

Jean Asselborn gilt als ein Politiker der kantigen Aussagen. Sein Wort hat auf dem internationalen Parkett Gewicht und beeinflusst häufig die öffentliche Meinung. Insbesondere die deutsche Presse greift seine griffigen Zitate gerne auf, wie z.B. seinen jüngsten Brexit-Vergleich: „Die Briten haben aus einem ‚Deal‘ einen ‚No Deal‘ gemacht und jetzt wollen sie wieder aus dem ‚No-Deal‘ einen ‚Deal‘ machen. Das ist wie mit der Zahnpasta. Man bekommt sie einfach aus der Tube raus, aber nicht mehr rein.“

Am 23. Juni 2016 wählten 52 % der Briten den EU-Austritt. Doch drei Jahre später herrscht noch immer Uneinigkeit über das „Wie“. Das ursprüngliche Austrittsdatum vom 29. März 2019 wurde längst überschritten. Der vom EU-Parlament beschlossene erneute Brexit-Aufschub könne zu einer äußerst skurrilen Situation führen, nämlich dass die Briten zwar die EU verlassen wollen und sich dennoch an der Europawahl beteiligen müssen, gab CESI-Präsident Romain Wolff zu bedenken. Die Lage sei extrem schwierig, pflichtete ihm Außen-



minister Asselborn bei. Eine rationelle Antwort gebe es nicht und niemand wisse, wohin die Reise führe.

Einig waren sich beide Seiten, dass die negativen Auswirkungen des Brexit sowohl Großbritannien als auch die verbleibenden 27 EU-Mitgliedsstaaten treffen. Die schier endlosen Diskussionen über den britischen EU-Austritt würden die EU stark belasten, so Asselborn. Dabei müssten dringend andere Herausforderungen, wie etwa die Gestaltung des Finanzrahmens für die kommenden sieben Jahre, in Angriff genommen werden.

Der Brexit spiegelt zumindest teilweise die aktuelle Verfassung der EU wider. In vielen Mitgliedsstaaten herrscht Misstrauen statt Vertrauen gegenüber der EU. Die Europäische Union wird zunehmend in der Öffentlichkeit negativ wahrgenommen. Mit Sorge blickten die Diskussionssteilnehmer auf die aktuelle Entwicklung in Europa. In Polen z.B. wolle die Regierung viele Richter des Obersten Gerichts, die 65 Jahre oder älter sind, per Gesetz zwangsweise in Rente schicken, was einem Angriff auf den Rechtsstaat gleichkäme. Seit Längerem stehe Ungarn wegen der Gefährdung von EU-Grundwerten am

Pranger. In Italien bestehe zudem die Gefahr, dass mit Matteo Salvini bald ein Rechtspopulist die Macht ergreife.

Die CESI-Verantwortlichen und der dienstälteste EU-Außenminister stimmten außerdem darüber ein, dass die EU unter keinen Umständen von ihren Grundwerten (Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte) abrücken dürfe. „Wenn Europa seine gemeinsamen Werte verliert, dann hat es seine Seele verloren“, brachte es der luxemburgische Chefdiplomate auf den Punkt. Der Frieden in Europa lasse sich nicht durch Verträge absichern. Deshalb sei es umso wichtiger, die hart erkämpften Grundfreiheiten hochzuhalten, betonten die CESI-Vertreter.

Statt für Vertragsänderungen einzutreten, müsse die EU als Einheit agieren, lautete eine weitere Kernbotschaft. Die großen Herausforderungen sollten gemeinsam, solidarisch und verantwortungsbewusst gemeistert werden. Die Terrorismusbekämpfung, der Klimawandel, die Migration sowie der Paradigmenwandel im Zuge der Digitalisierung seien grenzüberschreitende Probleme, die einer europäischen Lösung bedürften.

In den vergangenen Jahren wurde der Macht- und Kompetenzbereich des EU-Parlaments kontinuierlich ausgebaut. Trotz dieser Aufwertung schrumpft die Wahlbeteiligung bei der Europawahl ununterbrochen. Seit 1979 hat sie 20 Prozentpunkte eingebüßt. Vor fünf Jahren haben in rund zwei Drittel der EU-Länder mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten den Gang zur Wahlurne gemieden.

Die geringe Wahlbeteiligung in Europa spielt vorwiegend den Populisten in die Karten. Bereits jetzt haben wenigstens ein Zehntel der EU-Abgeordneten eine rechtsextreme beziehungsweise rechtspopulistische Gesinnung. Diesem Trend gelte es wirksam entgegenzuwirken, so die einhellige Meinung. Die Lösung bestehe nicht darin, sich als falsche Patrioten auszugeben. Das internationale Recht müsse stets im Vordergrund stehen.

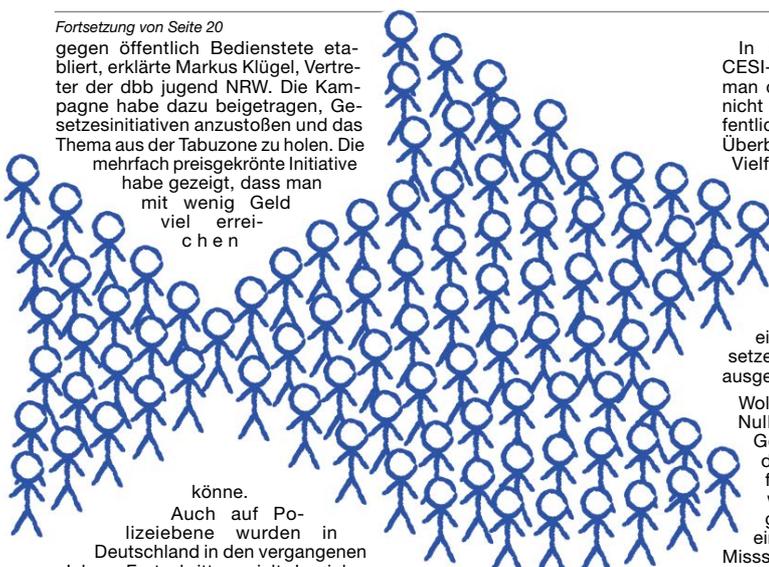
CESI-Generalsekretär Klaus Heeger sprach sich dafür aus, die Debatte über Europa zu verschärfen, sprich Europas Zukunft nüchtern und ohne Pathos zu gestalten. Seit jeher bemühe sich die CESI darum, das Bewusstsein für Europa zu schärfen. Derzeit laufe eine großangelegte Kampagne, die die EU-Bürger zur Teilnahme an der Europawahl anregen soll.

Die Kampagne führt den Menschen eindrucksvoll vor Augen, wie die Europäische Union die Bürger im Alltag vor Missbräuchen schützt. Anhand von prägnanten Bildmotiven und plakativen Slogans werden die Menschen darauf hingewiesen, dass Europa sich u.a. für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, für menschenwürdige Arbeit, für soziale Gerechtigkeit und für Chancengleichheit einsetzt.

Bereits im Februar hatte eine CESI-Delegation bei einer Unterredung mit Staatsminister Xavier Bettel darauf gepocht, dass angesichts der zahlreichen europafeindlichen Strömungen innerhalb der EU, viel Überzeugungsarbeit geleistet werden müsse, damit die Bürger verstärkt von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Im Herbst wird ein weiteres Treffen zwischen der CESI und Außenminister Jean Asselborn stattfinden. **ml**

Fortsetzung von Seite 20

gegen öffentlich Bedienstete etabliert, erklärte Markus Klügel, Vertreter der dbb jugend NRW. Die Kampagne habe dazu beigetragen, Gesetzesinitiativen anzustoßen und das Thema aus der Tabuzone zu holen. Die mehrfach preisgekrönte Initiative habe gezeigt, dass man mit wenig Geld viel erreichen könne.



Auch auf Polizeiebene wurden in Deutschland in den vergangenen Jahren Fortschritte erzielt. In vielen Bundesländern werden die Delikte inzwischen besser erfasst. Zugleich wurde die Schutzausstattung der Polizisten (Bodycam, Taser,...) verbessert. Mittlerweile wird der Einsatz von Spuckhauben in Erwägung gezogen. Durchgesetzt wurden zudem eine wirksamere Ursachenforschung und eine Verschärfung des Strafrechts.

Somit habe man ein deutliches Signal in der Bevölkerung setzen wollen, bilanzierte Hermann Benker, Ex-Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft Bayern. In vielen Bundesländern trete jetzt der Dienstherr bei der Erstattung von Schmerzensgeld in Vorleistung, falls der Täter nicht zahlen kann oder will.

In seinem Schlusswort betonte CESI-Präsident Romain Wolff, dass man der Verrohung der Gesellschaft nicht tatenlos zusehen dürfe. Die öffentlich Bediensteten seien häufig die Überbringer schlechter Nachrichten. Vielfach würden sie als Sündenböcke dargestellt werden und den politischen Frust in weiten Teilen der Bevölkerung zu spüren bekommen. Besonders schockierend sei, dass selbst Rettungskräfte, die Menschen in Notlagen helfen und dabei teilweise ihr eigenes Leben aufs Spiel setzen, immer mehr Gewalt ausgesetzt seien.

Wolff sprach sich für eine Nulltoleranz gegenüber Gewalt aus, unabhängig davon, ob es sich um den öffentlichen Dienst oder die Privatwirtschaft handele. Klare Regeln seien wichtig und gefälligst einzuhalten. Jene Menschen, die Missstände anprangern, als Nestbeschmutzer darzustellen und sie dafür verantwortlich zu machen, dass der Nachwuchs ausbleibe, sei der falsche Weg. Schuld seien vielmehr diejenigen, die die Missstände nicht abschaffen. Die Probleme bekäme man nur in den Griff, indem man die Dinge beim Namen nenne.

Die Würde des Menschen sei unan-

testbar, ergänzte Marco Thomé, Präsident der Gewerkschaft des Gemeindepersonals FGFC. Auf kommunaler Ebene habe er an Unmengen von Sitzungen teilgenommen, in denen eine Wertecharta ausgearbeitet wurde, die schließlich nicht eingehalten worden sei. Das Hauptproblem sei die Anerkennung der Arbeitnehmer innerhalb der jeweiligen Dienststellen. Die Gewerkschaften dürften den Mut nicht verlieren, Klartext zu reden, so Thomé, der seine Aufführungen mit einem Zitat des führenden US-Intellektuellen Cornell West abschloss: „Aus meiner Sicht besteht die größte Gefahr für die Demokratie darin, dass es in der Politik, den Medien und der Kultur einen Mangel an Menschen gibt, die bereit sind, unbequeme Wahrheiten auszusprechen!“

CESI-Generalsekretär Klaus Heeger zog eine überaus positive Bilanz der CESI@home-Veranstaltung und wies darauf hin, dass sich zwei weitere Seminare in Madrid und Budapest diesem Thema widmen werden. Dabei verfolge man ein dreifaches Ziel. Zum einen sollen Kampagnen zur Schaffung des Bewusstseins gestartet werden. Zum anderen werden die Aufgaben der Gewerkschaften besprochen. In einer dritten Phase sollen eventuell legislative Vorschläge sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene unterbreitet werden.

Point de vue

«Faire carrière comme un homme»

L'impasse du féminisme

A l'heure où la digitalisation du monde du travail produit les mêmes effets sur les travailleurs que la 1^{ère} puis la 2^{ème} révolution industrielle avec des gains de productivité exponentiels accompagnés d'un creusement des inégalités tout aussi exponentiel, on ne peut s'empêcher de penser à l'Utopie de Thomas More qui défendait, dès 1516, l'idée qu'il faut réduire le temps de travail pour tous, en le partageant au mieux et que si chacun travaille et crée de la richesse, le temps de travail général peut s'en trouver réduit à 6 heures par jour.

Or les révolutions industrielles, loin de s'accompagner d'une réduction du temps de travail, ont toujours contribué, dans un premier temps, à augmenter la production en réduisant les effectifs et donc en augmentant le chômage au détriment des conditions de santé et de sécurité. Ce sont les luttes sociales, en réaction à l'impact de l'industrialisation sur l'emploi, qui ont systématiquement fait naître des revendications visant à réduire le temps de travail. C'est dans cette optique que le puissant syndicat allemand IG Metall réclame depuis 2018 le passage de 35h à 28h de travail hebdomadaire.

Or, en dehors de la nécessité de partager équitablement le travail entre tous afin de mieux en répartir les fruits, il existe une autre source d'inégalité de fait dans la répartition du travail et des richesses qui en découlent, une inégalité maintes fois constatée mais dont les causes réelles sont trop souvent ignorées, voire niées; une inégalité sans cesse combattue par des mesures peu efficaces faute d'en comprendre les raisons profondes, une inégalité perpétuée par des politiques visant à imposer le modèle des uns aux autres plutôt qu'à les faire converger, une inégalité à laquelle l'évolution des mentalités des jeunes générations commence déjà à proposer des solutions: l'inégalité professionnelle entre les hommes et les femmes.

Imposer le congé paternité pour vaincre la discrimination à l'embauche

Au Luxembourg comme ailleurs, le simple fait d'être une femme en âge d'avoir des enfants reste un motif de discrimination à l'embauche compte tenu du risque, pour l'employeur ou le chef d'administration, de devoir remplacer la future mère durant les 20 semaines de son congé maternité et jusqu'à 6 mois (ETP) pour le congé parental, tandis qu'un futur père n'occasionalne, au maximum, que 10 jours de congé paternité et 6 mois de congé parental.

Alors que le congé maternité est obligatoire pour la future mère puisque le Code du Travail¹ prévoit, dans son intérêt et dans celui de l'enfant, que «la femme enceinte ne peut être occupée pendant les huit semaines précédant la date présumée de l'accouchement» et que «la femme accouchée ne peut être occupée pendant les douze semaines qui suivent l'accouchement», le père ou le second parent adoptif peut «choisir» de profiter ou non du congé extraordinaire pour la naissance ou en vue de l'adoption d'un enfant. Il est donc plus enclin à céder à la pression sociale et aux stéréotypes en renonçant au congé paternité de crainte de mettre un frein à sa carrière alors que la future mère n'a, heureusement, pas le choix. Cette «obligation» de congé maternité lui permet de s'affranchir de toute tentative éventuelle de son supérieur de la priver du temps de repos indispensable pour sa santé et pour la santé de l'enfant à naître. Les futurs pères, eux, n'ont en quelque sorte pas cette chance.

C'est pourquoi certaines voix s'élèvent régulièrement en faveur d'un congé



paternité non pas optionnel mais obligatoire² et d'une durée plus longue voire équivalente au congé maternité³ en tant que clé pour l'égalité professionnelle. Au Portugal, 10 des 20 jours de congé paternité accordés aux pères ont ainsi été rendus obligatoires. En Espagne, le congé paternité vient de passer à 8 semaines et atteindra 16 semaines en 2021. En Norvège, il est pris en charge à 100% pendant 10 semaines et passera bientôt à 15 semaines. Au Luxembourg, par contre, suite à l'approbation, au niveau européen, du principe d'un congé paternité minimal de 10 jours, le pays pourrait bientôt se retrouver en queue de classement aux côtés des autres Etats membres qui se contenteront de s'aligner sur ce droit à minima.

Malgré les dispositions légales qui interdisent toute discrimination sur le lieu de travail sur base du fait qu'on est un homme ou une femme, quelle femme n'a jamais eu à répondre à la question, plus ou moins déguisée: «*envisagez-vous d'avoir des enfants?*» lors d'un entretien d'embauche? La finalité de cette question est bien évidemment de savoir si le recruteur devra prochainement de nouveau embaucher pour remplacer la future mère. Les hommes en âge d'avoir des enfants, eux, ne sont jamais confrontés à ces questions et sont presque systématiquement préférés par les recruteurs à compétences égales.

Afin de lutter contre la discrimination envers les femmes dans le monde du travail, les réponses politiques consistent en général en des interdictions de discrimination aussi invérifiables qu'irréalistes. On traite ainsi les symptômes au lieu d'en attaquer les causes: ce sont bien les femmes qui portent les enfants, ceci ne changera pas puisqu'un homme ne peut pas porter un enfant. Par contre, il est tout à fait possible d'établir par des dispositions légales claires une égalité factuelle entre hommes et femmes en matière d'implication auprès des enfants et donc d'interruptions de carrière. Tout comme la future mère n'a pas d'autre choix que de s'arrêter de travailler pour élever son enfant, pourquoi le futur père ne devrait-il pas lui aussi s'arrêter de travailler pour devenir père? Créer la même obligation pour chacun des deux parents rétablirait ainsi une égalité de fait qui serait à la fois

bénéfique à l'enfant, au père ainsi libéré de ses obligations professionnelles pour l'accueillir dans les meilleures conditions et à toutes les femmes victimes de discrimination à l'embauche du simple fait qu'elles sont femmes.

Sortir de l'impasse féministe

Hormis les risques de discrimination à l'embauche, qui pourraient en grande partie être contrecarrés par un alignement du congé paternité ou d'adoption sur le congé maternité, les femmes au Luxembourg n'échappent pas aux discriminations en matière de salaires puisqu'elles sont en moyenne payées 5,5% de moins que les hommes pour une tâche équivalente et travaillent donc, en quelque sorte, gratuitement pendant 20 jours par an. En raison des interruptions de carrière que les femmes sont encore les principales à assumer pour s'occuper des enfants, elles s'exposent également à des évolutions de carrières ralenties, à des difficultés à retrouver un emploi à temps complet après un temps partiel et à des pensions moins élevées que leurs homologues masculins.

Si la fonction publique luxembourgeoise peut s'enorgueillir d'offrir aux femmes les mêmes traitements qu'aux hommes à poste équivalent, toujours est-il que la très grande majorité des postes à responsabilités particulières ainsi que des postes de conseillers de gouvernement sont occupés par des hommes. Seuls 34% des membres de conseils d'administrations d'établissements publics sont des femmes et même avec 46% de candidates aux dernières élections législatives, le trop faible nombre de femmes en tête de listes ou en position éligible n'a pas abouti à la formation d'un gouvernement paritaire, loin s'en faut: avec seulement 5 femmes ministres sur 17 et 12 femmes députés sur 60, la parité a même reculé en 2018. Rappelons pourtant que les femmes en Europe sont davantage scolarisées et diplômées que les hommes⁴.

En dehors des questions de discrimination dues aux préjugés et aux mentalités encore largement basées sur un modèle patriarcal, la plus faible pension des femmes à accéder aux postes à responsabilité résulte en fait de plusieurs facteurs souvent ignorés:

- d'une part, il persiste au Luxembourg comme ailleurs une culture selon laquelle occuper un poste à responsabilité exigerait une grande disponibilité voire un dévouement total à son travail qui serait incompatible avec une vie de famille;

- d'autre part, les femmes ne concevraient pas forcément le fait d'occuper un poste de décision comme un symbole de réussite sociale et privilégieraient un bon équilibre entre vie professionnelle et vie privée ou familiale.

Il y a 50 ans, Marguerite Yourcenar, première femme élue membre de l'Académie française en 1980, expliquait: «*le féminisme moderne tend à vouloir que la femme fasse carrière comme un homme et ça me paraît aussi une limitation: il y a des femmes qui ont envie de faire carrière, il y a des femmes qui n'ont pas envie de faire carrière et qui préfèrent rester chez elles; et il est très dangereux peut-être d'établir une contrainte à la place d'une autre et de faire de la femme l'équivalent, le parallèle de ce qu'est l'homme moderne, plus ou moins prisonnier d'un travail qui lui semble imposé par les circonstances économiques de son temps.*»

Il apparaît en effet que toutes les femmes et tous les hommes n'aspirent pas nécessairement à imiter le modèle autrefois considéré comme «masculin» selon lequel ne pas compter ses heures serait gage de réussite professionnelle et sociale. Comme le montre l'engouement des pères pour la nouvelle formule de congé parental, leur implication de plus en plus évidente auprès des enfants fait apparaître un nombre croissant de familles où le père aspire lui aussi à cesser ou réduire son activité pour s'occuper de ses enfants et s'impliquer dans son ménage. Or, si les femmes n'aspirent pas nécessairement à une forme d'égalité entre hommes et femmes qui consisterait à les faire travailler autant que leur conjoint, peut-être l'égalité des chances devrait-elle être abordée autrement: plutôt que d'inciter les femmes à travailler comme les hommes, pourquoi ne pas aider l'ensemble des hommes et des femmes à partager plus sereinement tant les activités professionnelles que les activités familiales en réduisant pour tous le temps de travail normal et en favorisant ainsi tant le bien-être et l'efficacité au travail que la qualité de vie?

Réduire le temps de travail pour partager les responsabilités

Si l'on peut espérer que les mesures mises en place par le gouvernement en faveur des familles commenceront prochainement à porter leurs fruits (gratuité partielle des crèches et foyers de jour, réforme du congé parental, REVIS), l'organisation du temps de travail normal au Luxembourg peine encore à favoriser une meilleure répartition des tâches au sein des familles.

Au Luxembourg, 35,3% des femmes travaillent à temps partiel⁵, ce qui n'est le cas que de 6,1% des hommes. Néanmoins, le taux d'hommes travaillant à temps partiel a plus que doublé en 10 ans tandis que celui des femmes a baissé de 2 points de pourcentage. Par ailleurs 56,5% des femmes travaillant à temps partiel ont choisi le temps partiel pour des raisons familiales et 14% d'entre elles le font parce qu'elles n'ont pas trouvé de poste à temps plein.

Le bilan de l'expérience française des lois Aubry⁶ de réduction du temps de travail (RTT) à 35 heures par semaine relève pourtant que: «*Il subsiste en effet des inégalités majeures entre les deux sexes dans la sphère professionnelle. La réduction du temps de travail a sans doute contribué à les réduire: si*

le temps récupéré n'a pas été employé de la même manière par les femmes et les hommes, le passage aux 35 heures a permis aux parents, notamment à ceux de jeunes enfants, de dégager davantage de temps à leur consacrer. Et elle a encouragé un meilleur partage des responsabilités familiales en donnant aux pères le temps de s'impliquer davantage dans l'éducation des enfants et dans la vie familiale.

Or l'investissement des pères dans la vie familiale est un point de passage obligé pour l'égalité professionnelle: une grande partie de leur «avantage concurrentiel» par rapport aux femmes, sur le marché du travail, tient à leur plus grande disponibilité pour l'entreprise. Il en va de même pour l'administration.»

Si les tentatives de pousser la femme à travailler «comme un homme» restent en partie un échec, une des solutions à l'égalité ne serait-elle pas, au contraire, d'instaurer pour tous les conditions indispensables à un bon équilibre entre vie professionnelle et vie privée par une réduction généralisée du temps de travail? Au même titre que plus d'un tiers des femmes réduisent leur activité pour parvenir à concilier éducation des enfants et vie professionnelle, pourquoi hommes et femmes, parents ou non, ne réduiraient-ils pas leur activité de façon généralisée pour répartir plus équitablement le travail entre tous?

Entre 2000 et 2016, les hommes au Luxembourg ont gagné 6 ans d'espérance de vie alors que les femmes n'en ont gagné que 4. Allons-nous attendre l'inversement des espérances de vie entre hommes et femmes pour réagir contre l'épuisement des femmes qui assument désormais à la fois une activité professionnelle comme autrefois les hommes et l'essentiel des tâches qu'assumaient autrefois les femmes au foyer?

Soutenir l'épanouissement personnel sous toutes ses formes

De nos jours, les mentalités ayant évolué et les jeunes hommes se détachant progressivement de l'ancien modèle patriarcal de leurs grands-parents, il semblerait que, contrairement aux recommandations de la Commission européenne qui considère comme une fin en soi l'augmentation de la participation des femmes au marché du travail⁷, certaines femmes tout comme certains hommes préféreraient consacrer eux-mêmes plus de temps à leurs enfants plutôt que de les confier à des structures de garde collective dès l'âge de 3 mois.



crer eux-mêmes plus de temps à leurs enfants plutôt que de les confier à des structures de garde collective dès l'âge de 3 mois.

Il existe par ailleurs des hommes et des femmes qui ne sont pas nécessairement épanouis par l'emploi qu'ils occupent et/ou qui préféreraient s'occuper, à domicile, de leurs enfants ou petits-enfants. Or le gouvernement a déjà supprimé, sans contrepartie, l'allocation de maternité et l'allocation d'éducation au 1^{er} juillet 2015 au prétexte qu'il n'inciterait pas les mères à reprendre le travail. Convaincu que le seul modèle acceptable est celui de «faire carrière», le gouvernement a ainsi préféré investir dans la gratuité partielle des crèches pour permettre à chaque femme d'assurer sa propre subsistance par le travail, quitte à ouvrir des crèches nocturnes pour les parents qui ne parviennent pas à trouver un emploi en journée.

Si la gratuité partielle de l'accueil des enfants dans les crèches est un progrès indéniable pour la population résidente qui fait le choix de travailler, pourquoi priver les parents du droit de s'occuper eux-mêmes de leur progéniture? Même un assistant parental qui garde des enfants à son domicile n'a droit à aucun soutien spécifique pour garder ses propres enfants chez lui. Pire, l'Office national de l'Enfance prend en charge le placement d'enfants souffrant d'un handicap ou de troubles du comportement dans des structures ou projets dont le coût mensuel peut atteindre des milliers d'euros mais ne peut pas proposer un soutien financier équivalent aux propres

parents de l'enfant qui souhaiteraient rester à leur domicile pour s'occuper de lui eux-mêmes.

Le gouvernement a ainsi fait le choix d'assumer le coût de l'accueil des enfants dans des structures d'accueil collectives ou auprès d'assistants parentaux (à l'exclusion de leurs propres enfants) afin que tous les parents travaillent. Or, le fait d'accompagner cette gratuité partielle d'une suppression des mesures qui permettaient aux jeunes parents de décider de rester chez eux a créé non pas un droit mais une obligation de travailler puisque le coût de la vie au Luxembourg est trop élevé pour subvenir aux besoins d'un enfant sans aucun revenu complémentaire. Pourquoi ne pas rétablir la possibilité pour chacun de choisir ce qu'il pense être le mieux pour son enfant et pour lui-même? Pourquoi ne pas élargir le bénéfice des chèques service accueil aux parents qui, par exemple, ne répondent pas aux conditions d'octroi du congé parental ou dont l'horaire de travail n'est pas compatible avec le rythme de l'enfant et qui préfèrent se consacrer à la garde de leurs très jeunes enfants? Où se situe le meilleur intérêt de l'enfant? Est-il socialement plus souhaitable ou plus rentable de financer l'accueil gratuit des bébés dans les crèches plutôt que, pour ceux qui le souhaitent, la présence des parents, des grands-parents, voire de proches au domicile de l'enfant?

Les «femmes de pouvoir» servent-elles la cause féministe en imposant à toutes les femmes leurs propres ambitions ou leurs propres choix de vie? Ou

peut-on lutter pour l'égalité homme-femme en soutenant la diversité des choix de vie de chacun et chacune?

Ces questions méritent une réflexion de fond, non pas entre décideurs majoritairement masculins qui conçoivent l'égalité homme-femme à travers la loupe de leurs propres ambitions, non pas entre décideuses qui calquent leurs carrières sur celles de leurs homologues masculins tout en composant tant bien que mal avec leurs obligations familiales, mais entre jeunes femmes et jeunes hommes, mères, pères et futurs parents dans toute leur diversité de vues.

Stéphanie Ravat
Conseiller économique

¹ Code du travail, Livre III, Titre III, Chapitre II, dispositions également applicables aux employés publics <http://legilux.public.lu/eli/etat/leg/code/travail/20190201>

² Laurence Parisot sur l'inégalité salariale femmes-hommes : «Il faut rendre le congé paternité obligatoire», France Inter, 2018 <https://www.franceinter.fr/emissions/l-invite-de-7h50/l-invite-de-7h50-22-janvier-2018>

³ Évaluation du congé de paternité, Inspection générale des affaires sociales (IGAS), France, 2018

<http://www.igas.gouv.fr/spip.php?article701>

⁴ Statistiques sur l'enseignement supérieur, Eurostat https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Tertiary_education_statistics/fr

⁵ Analyses 1-2018: Rapport travail et cohésion sociale, Statac <https://statistiques.public.lu/fr/publications/series/cahiers-economiques/2018/analyses-01-18/index.html>

⁶ Rapport n° 2436, Commission d'enquête sur l'impact social, économique et financier de la réduction progressive du temps de travail, Assemblée nationale, France, 9 décembre 2014 <http://www2.assemblee-nationale.fr/14/autres-commissions/commissions-d-enquete/reduction-du-temps-de-travail>

⁷ Semestre européen 2018, Rapport 2019 pour le Luxembourg, Commission européenne https://ec.europa.eu/info/publications/2019-european-semester-country-reports_en

D'ARMÉI REKRUTEIERT FRÄIWËLLEGG ZALDOTEN



Nächst Anzëien
09.09.2019

Stéichdatum
14.06.2019

INFORMATIONSBÜRO
15, bd Royal
L-2449 Luxembourg
INFOTELEFON
8002 - 4888

D'ARMÉI, ENG
ERAUSFUERDERUNG
FIR DECH
D'Lëtzebuurger Arméi steet national
an international fir Asaz an Engagemënt.
Hir Missioun ass et Mënschen ze schützen
an hinnen an der Nout ze hëllefen.



LËTZEBUERGER ARMÉI

www.armee.lu • info@armee.lu



CGFP-Delegation zu Besuch im EU-Parlament

Schicksalswahl in Europa

Vom 23. bis 26. Mai finden in den EU-Mitgliedsstaaten die Europawahlen statt. Bereits jetzt stellen die europaskeptischen Parteien rund ein Drittel der Abgeordneten im Parlament. Es besteht die Gefahr, dass deren Anteil steigen könnte. Im Vorfeld dieses wichtigen politischen Ereignisses lud der scheidende EU-Abgeordnete Georges Bach die CGFP zu einem regen Meinungsaustausch nach Straßburg ein, dies in der Folge eines Treffens Anfang November 2018 im Brüsseler EU-Parlament.

Wohlstand, Stabilität und eine saubere Umwelt sind immer noch keine Selbstverständlichkeit, genauso so wenig wie Frieden und Freiheit. Europa steht derzeit vor enormen Herausforderungen: Themen wie Klimawandel, Engpässe bei der Versorgung mit Rohstoffen, Bedrohung durch Terrorismus, Digitalisierung, radikale Wandel der Arbeitswelt, Globalisierung, Entstehung neuer Wirtschaftsmächte sowie die Einwanderungs- und Integrationsproblematik bewegen die europäische Gesellschaft.

Neun Wochen vor der ausschlaggebenden Europawahl tauschte sich der scheidende EU-Abgeordnete Georges Bach am vergangenen 26. März mit einer 13-köpfigen CGFP-Delegation über aktuelle Themen der EU-Agenda aus. Bereits im November vergangenen Jahres hatten die gleichen Teilnehmer einen Blick hinter die Brüsseler Kulissen geworfen.

Bei der Unterredung mit der CGFP herrschte die einhellige Meinung, dass die bevorstehende Europawahl wegweisend für die Zukunft der EU sei. Ob die demokratischen Werte dabei gestärkt würden, werde sich erst zeigen müssen. Trotz der Gefahr, dass rechtsnationalistische und europaskeptische Strömungen zulegen könnten, sei davon auszugehen, dass eine Mehrheit der EU-Bürger sich nicht auf das gefährliche Spiel der „Rattenfänger“ und deren Pseudolösungen einlassen werde, betonte der luxemburgische Politiker.

Weitestgehend einig waren sich die Diskussionsteilnehmer, dass der Fronten-Wahlkampf, den die Fraktionen einst führten, nicht mehr zeitgemäß sei. In der jetzigen Wahlkampagne stünden sich nur noch die EU-Gegner und die EU-Befürworter gegenüber. Bei dem Treffen mit der CGFP scheute der 63-Jährige EU-Abgeordnete keine Selbstkritik: „Wir veröffentlichen noch immer Hochglanzbrochüren, die die Bürger kaum erreichen.“ Der Umgang mit den sozialen Medien sei nur zaghaft. Hinzu komme, dass der Kontakt mit der Presse oft nur oberflächlich sei. Kampagnen, die den Menschen konkret vor Augen führten, was die EU für sie bewirkt habe – etwa im Sozial- und Umweltbereich bzw. im Bereich der Lebensmittelsicherheit – müssten verstärkt in den Vordergrund rücken.

An Ideen, wie Europa künftig gestaltet werden soll, mangle es wahrlich nicht. Um jedoch grundlegende Reformen einzuleiten, müssten die bestehenden EU-Verträge geändert werden, betonte Bach. Dafür fehle allerdings der nötige politische Mut, hieß es weiter. Seit Jahren ist die CGFP der Ansicht,



dass Europa sozialer ausgerichtet werden müsse, da andernfalls der Unmut gegen die EU-Politik zu steigen drohe. Die Mitgliedsstaaten würden sich in der Sozialpolitik nicht gerne bevormunden lassen, entgegnete Georges Bach. Mit dem sozialen Pfeiler habe die EU-Kommission zwar eine interessante Initiative eingeleitet, allerdings handele es sich hier lediglich um Mindeststandards.

Die Frage, wem z.B. 20 Wochen Mutterschaftsurlaub nützten, wenn die Betroffenen in dieser Zeitspanne keinen Lohn erhielten oder nur teilweise ausbezahlt würden, sei durchaus berechtigt. Die Kompetenzen müssten neu verteilt werden, da sonst Anforderungen an die EU gestellt würden, die diese nicht erfüllen könne. Im Allgemeinen würden die EU-Staaten sehr europäisch denken, in manchen Angelegenheiten

der Arbeitsbedingungen für rund zwei Millionen Fernfahrer in der EU.

Für die Gewerkschaften sind die derzeitigen Arbeitsbedingungen in diesem Sektor menschenunwürdig. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ müsse auch für Lkw-Fahrer gelten. Bislang seien zum Beispiel auf luxemburgischen Straßen oft Fernfahrer aus Osteuropa unterwegs, die zu den dortigen niedrigeren Löhnen ausbezahlt würden, heißt es.

Das EU-Parlament sei alles andere als eine reine Abstimmungsmaschine, die sämtliche Vorhaben der EU-Kommission durchwinke, stellte der luxemburgische EU-Abgeordnete klar. Ab und zu käme es vor, dass die Brüsseler Exekutive ein Vorhaben zurückziehe, nachdem es zuvor trotz mehrerer Versuche nicht gelungen sei, eine Einigung im

wie sich kurz vor der Abstimmung Gegner und Befürworter des Vorhabens heftige Wortgefechte lieferten.

Ungeachtet des Widerstands stimmte das Europaparlament dieser Reform an jenem Tag zu. Die sechs EU-Abgeordnete aus Luxemburg erteilten dem Vorhaben jedoch eine Absage. Die Kritiker sind der Ansicht, dass der zur Abstimmung vorgelegte Text eine Prozesslawine auslösen werde. Sie fordern, dass eine neue Initiative gestartet wird, damit Verlage und Künstler angemessen entgolten werden.

Nach wie vor teilt die Urheberrechtsreform die EU in zwei Lager auf. Die EU-Parlamentarier erhalten in diesem Zusammenhang Dutzende Mails von EU-Bürgern, die zum Teil nicht beantwortet werden können. In solchen Fällen kommt es hin und wieder mal vor, dass Volksvertretern sogar mit Mord gedroht wird.

Nicht selten stimmt das EU-Parlament über Gesetzentwürfe ab, die für multinationale Konzerne von großem Interesse sind. Die CGFP-Vertreter wiesen darauf hin, dass Großkonzerne im Vergleich zu Gewerkschaften wesentlich mehr Spielraum hätten, Lobbyismus zu betreiben.

Im Grunde genommen sei Lobbyarbeit nichts Schlechtes, fügte der langjährige EU-Abgeordnete hinzu. Als er sich z.B. mit den Passagierrechten auseinandersetzte, habe er Kontakt mit rund 60 betroffenen Akteuren aufgenommen, unter anderem mit Fluggesellschaften, Flughafenbetreibern, dem Konsumentenschutz und den Regulierungsbehörden. Diese Gespräche hätten ihm ermöglicht, sein Fachwissen zu erweitern.

Wichtig sei dabei, dass die Transparenz stets gewährleistet bleibe. Das EU-Parlament verfüge über ein Transparenzregister, das mehr als 3.000 Unternehmen aufliste, die bisher in Kontakt mit Abgeordneten getreten seien. Es sei wenig wahrscheinlich, dass Konzerne dazu übergehen würden, Änderungsanträge selbst zu verfassen. Die Lobbyisten würden lediglich Vorschläge unterbreiten. Anschließend müsse der Berichterstatter genau belegen, welche Überlegungen er in seinen Bericht einfließen lasse.

Max Lemmer



jedoch kämen immer wieder Befindlichkeiten zum Vorschein.

Heikle Themen

Als ehemaliger Präsident der Eisenbahngewerkschaft Syprolux vertrat Bach stets eine kritische Haltung gegenüber der Europapolitik. Die Liberalisierungstendenzen im Eisenbahnbereich waren ihm seit jeher ein Dorn im Auge. 2009 fasste er trotzdem den Entschluss, den Sprung in die EU-Politik zu wagen. Viel Zeit zum Überlegen blieb ihm damals nicht. Statt über Europa zu nörgeln, nutzte er die Gelegenheit, nach vorne zu preschen, um etwas in Bewegung zu setzen. Die Völkerverständigung, die seit Jahrzehnten den Frieden in Europa stiftet, war für ihn ein zusätzlicher Ansporn.

Die Schwerpunkte seines politischen Wirkens drehten sich vorwiegend um Themen im Zusammenhang mit Transport und Mobilität. Im Laufe seiner politischen Laufbahn erlebte er mehrmals Rückschläge, wie z.B. die mehrmals verschobene Abstimmung über ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung

EU-Parlament zu erzielen. Allzu häufig nehme die Öffentlichkeit die vom EU-Parlament unterbreiteten Verbesserungsvorschläge nicht richtig wahr.

Drei heikle Dossiers prägen den erfahrenen EU-Politiker bis heute. Die europäische Richtlinie über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zur Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten sowie schwerer Kriminalität sei extrem kontrovers diskutiert worden. Das EU-Parlament habe damals versucht, den Schutz der personenbezogenen Daten zu gewährleisten. Ähnlich umstritten sei das TTIP-Freihandelsabkommen mit den USA gewesen, das bei vielen Bürgern für Verwirrung gesorgt habe.

Lobbyismus seitens der Großkonzerne

Auch die umstrittene Reform des 20 Jahre alten Urheberrechts, die Plattformen wie You Tube stärker in die Pflicht nimmt, erhitze die Gemüter. Am Tag der Abstimmung konnten die CGFP-Teilnehmer hautnah im Plenum erleben,

Das EU-Parlament – Die Stimme Europas

Im EU-Parlament saßen bislang 751 Abgeordnete. Je nach Landesgröße entsenden die EU-Mitgliedsstaaten mindestens sechs und maximal 96 Volksvertreter. 27 der insgesamt 73 Sitze Großbritanniens werden infolge des wahrscheinlich bevorstehenden Brexit auf andere Mitgliedsstaaten verteilt. Die restlichen 46 Sitze werden für künftige EU-Erweiterungen in Reserve gehalten.

Alle Entscheidungen werden nach demokratischen Prinzipien getroffen. Das EU-Parlament wählt den Präsidenten der EU-Kommission und stimmt über die Kommissare aus den einzelnen Mitgliedsstaaten ab. Wie die Abgeordneten nationaler Parlamente sind auch die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt gewählte Vertreter des Volkes. Sie kommen aus allen Mitgliedsstaaten, allen Lebensbereichen

und vertreten die unterschiedlichsten politischen Positionen.

Wie in nationalen Parlamenten debattieren, verhandeln und stimmen die EU-Volksvertreter über Kompromisse ab. Sie entscheiden über europäische Gesetze und haben das letzte Wort bei internationalen Vereinbarungen. Dabei sind stets alle Mitgliedsstaaten beteiligt, da es sich um Herausforderungen handelt, die am besten auf europäischer Ebene gelöst werden können. Das EU-Parlament, das jeden Monat eine Woche in Straßburg tagt und insgesamt 20 Ausschüsse umfasst, hat stets ein offenes Ohr für alle Europäer. Die Bürger können die EU-Abgeordneten jederzeit kontaktieren und Petitionen einreichen. Sie können das Parlament besuchen, ihre Meinung äußern und online mit den Parlamentariern agieren.

ml



Mehr Europa oder zurück in die Schützengräben

Die Europawahlen stehen unmittelbar bevor.

„Mehr“ oder „weniger“ Europa?

Schaut man auf die etablierten Parteien, so geht es häufig um die Verteidigung der EU gegen Angriffe von sogenannten Rechts- oder Linkspopulisten. Parteien der Mitte kontern mit nimmermüden Appellen für „mehr Europa“, doch eine solche reflexartige, geradezu dogmatische Forderung läuft Gefahr, bereits existierende Klüfte zu Europagegnern weiter zu vertiefen.

Wer den Bürger dazu auffordert, sich doch gefälligst zur Rettung der EU, sprich für das „Gute“ schlechthin, einzusetzen, polarisiert und vermittelt den Eindruck moralischer Überhöhung. Die klassische Friedensrhetorik der Hurra-Europäer, nach der wir im Falle eines Scheiterns allesamt umgehend in die Schützengräben springen, zieht nicht mehr. Weitere Vorurteile gegen dünnlehnige Kosmopoliten werden genährt, und für eine EU, die sich derzeit ohnehin in der Defensive befindet, könnten die Folgen gravierend sein.

Björn Hacker, Professor an der HTW Berlin, hat dies in einem im Februar 2019 veröffentlichten Artikel als „fatal“ bezeichnet, denn „das simple Pro und Contra überformt und verhindert die Auseinandersetzung mit den Sach- und Zukunftsfragen der EU“. Nichts, so Hacker, sei mit großspurigen Zu- oder Absagen an die europäische Integration beantwortet.

Nach über 20 Jahren in verschiedenen Funktionen in Brüssel hat sich auch bei mir die Erkenntnis durchgesetzt, dass wir die EU nüchtern und ohne Pathos nutzen sollten – um ihrer überragenden Bedeutung und ihres wahren Wertes Willen!

Die überragende Bedeutung Europas: Grenzübergreifende Herausforderungen angehen

Jean-Claude Juncker machte in seiner Rede zur Lage der Union 2017 deutlich: „Wir sollten die Bürger Europas nicht mit Regelungs-Klein-Klein nerven, sondern in großen Dingen Größe zeigen.“ Obwohl sich die Geister je nach Perspektive daran scheiden, ist „groß“ sicherlich all das, was grenzübergreifend eine Herausforderung darstellt. Und das wiederum ist in unserer zunehmend globalisierten und digitalisierten Welt ziemlich viel.

Gleichzeitig bleiben die Mitgliedstaaten und ihre „Völker“ immer noch die Quellen aller Souveränität. Nur durch sie erfolgen die Legitimation der EU und die Übertragung beziehungsweise der Entzug von Kompetenz. So geht es nicht nur darum, die EU nach unserem Willen zu gestalten, sondern ihr gegebenenfalls auch deutlich Schranken aufzuzeigen. Da der Subsidiaritätsbegriff jedoch sehr dehnbar bleibt, kann die „vertikale“ Politikgestaltung je nach Interesse dazu führen, dass zusätzliche Kompetenzen für die EU befürwortet oder im Gegenteil Ausnahmen, sprich weniger Europa, verlangt werden.

Für mich als Gewerkschafter eines Dachverbandes, der vor allem die Bediensteten in den öffentlichen Verwaltungen vertritt, geht beispielsweise die Forderung nach mehr binnenmarktflankierender Sozialpolitik durch Setzung hoher Mindeststandards mit dem Anliegen einher, den öffentlichen Dienst zumindest teilweise von dem von der EU ausgehenden Öffnungs-, Liberalisierungs- und Abbaudruck auszunehmen.

Was wir uns aber nicht erlauben können, ist vor der schwierigen Vereinbarkeit zwischen globalen Herausforderungen und überstaatlichem Handeln einerseits, und dem Bestehen auf nationale Kompetenz und Subsidi-



Klaus Heeger, gelernter Jurist, ist seit 2012 Generalsekretär der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI), eines Gewerkschaftsdachverbandes, der über 40 Mitgliedsorganisationen in Europa mit insgesamt 5 Millionen Beschäftigten vornehmlich im öffentlichen Sektor vertritt. Zur CESI gehören auch die luxemburgischen Gewerkschaften CGFP und FGFC. Mit Unterbrechungen verfolgt Klaus Heeger das Brüsseler Geschehen in verschiedenen Funktionen seit 1996.

arität andererseits, die Augen zu verschließen. Grenzübergreifende Ansätze ziehen zwingend Souveränitätsverluste nach sich. Diese schmerzen natürlich immer dann, wenn uns der (europäische) Politikinhalt nicht gefällt. Das gilt besonders für Kernbereiche staatlicher Souveränität – man denke nur an das Soziale, die Lohn- und Steuerpolitik, die Sicherheits- oder Verteidigungspolitik! Die zeitweise CETA-Blockade durch das belgische Wallonien bleibt ein Paradebeispiel.

Doch selbst wenn man in Bereichen wie diesen ein Erfordernis überstaatlichen Handelns anerkennt, fällt das Bekenntnis zu „mehr“ Europa erst dann leicht, wenn es den eigenen Vorstellungen entspricht. Andernfalls werden das „Bürokratiemonster Brüssel“ und scheinbar realitätsfremde Eingriffe in unsere Lebensbereiche angeprangert. Im Falle Luxemburgs, Irlands oder den Niederlanden wird dieses am Gegensatz zwischen internationalen Bemühungen zum Kampf gegen Steuervermeidung und möglichen nationalen Interessen an sogenannten „Steuerrulings“ deutlich. Nicht anders ist es im Falle Deutschlands und der Mittelmeer-Anrainerstaaten, die nahezu verzweifelt mehr Solidarität bei der europäischen Flüchtlingspolitik einfordern, während dies in manch osteuropäischem Land schlichtweg als massiver Eingriff in staatliche Souveränität empfunden wird.

So werden auch früher oder später die vielen Wahlversprechen der Parteien, die auf ein „besseres, effizienteres und demokratischeres“ Europa abzielen, enttäuschen. Denn bezüglich des Letzteren wird man im Streitgespräch mit Europagegnern nicht bestehen, die sich – auch gedeckt durch höchstrichterliche (nationale) Rechtsprechung – auf die derzeit wohl nicht zu schließende Lücke zwischen Unionshandeln und „demokratischer Wirkmacht“ der Bürger in den Mitgliedstaaten berufen können. Und bezüglich der beiden Ersteren wird die Beurteilung des „Besser“ oder „Effizienter“ schlicht von der politischen Präferenz abhängen.

Vielmehr muss es also darum gehen, dass die Politik dem Bürger aufzeigt, welche inhaltliche Richtung sie dem EU-Schiff geben möchte. Natürlich werden um richtungweisende Entscheidungen stets neue (und alte) Konfliktlinien zwischen den jeweiligen Politikinhalt und zwischen den verschiedenen Kompetenzebenen ausbrechen. Doch dieses Spannungsverhältnis zu vermitteln, ist wesentlich. Denn wird der Bürger sachlich vor eine Wahl zwischen Inhalten gestellt, werden damit womöglich einhergehende Kompetenzübertragungen eher akzeptiert. (Gleiches gilt ja für die gesellschaftliche Anerkennung des von einer Mehrheit gewollten Politikinhalts.)

So sollte der politische Kampf der Ideen zunehmend darum kreisen, wel-

che Probleme und Herausforderungen tatsächlich auf EU-Ebene angegangen werden sollten. Wer oder was sich durchsetzt, wird dann auch das Ergebnis offener Debatten und eines durchaus zulässigen Kräftemessens sein.

Der wahre Wert Europas: der Kompromiss – eine zunehmend verkannte Tugend

Angesichts der scheinbar wachsenden Kompromisslosigkeit nationaler Regierungen gegenüber der EU ist der Wähler nun gefordert, sowohl national als auch europäisch Zeichen zu setzen; Zeichen, die auch die nationale Politik auffordern, zur Kooperation und Kompromissbereitschaft zurückzufinden.

Dass wir die EU in ihrer Gesamtheit niemals in Frage stellen sollten, ergibt sich aus ihrem wahren Wert. Sie steht – bei allem Kompetenzwirrwarr und allen ungelösten Problemen – immer noch für einen großartigen Ansatz, der uns dauerhaft einen sollte. Ein Verständnis, das Kompromissfindung über Macht durch krude Stärke oder Einschüchterung stellt. Eine Einsicht, die Kooperation auf Augenhöhe als Maßstab setzt. Ein Ziel, das einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker mit der Achtung der Souveränität der Mitgliedstaaten zu vereinbaren versucht.

Zugegeben: In kooperativen Mehrbenen und Demokratien ist das Regieren in der Regel schwieriger; dafür zu meist nachhaltiger und friedlicher. Das irgendwo Einmarschieren findet weniger Zuspruch. So hat die Geschichte kleineren Staaten oftmals vor Augen geführt, was es heißt, wenn diese Werte nicht mehr greifen.

Verdammt Friedensrhetorik. Die wollte ich doch vermeiden...

Zum Schluss daher noch der in Simon Montefiores „Jerusalem“ zitierte angebliche „Rat des britischen Premierminister David Lloyd George an den Gouverneur von Jerusalem, Sir Ronald Storrs, der von Juden und Arabern gleichermaßen heftig kritisiert wurde: „Sobald eine Seite aufhört, sich zu beschweren, werden Sie entlassen.“

In diesem Sinne: Es lebe der europäische Kompromiss!

Und gehen Sie ruhig wählen.



EU19 FOR FREE MOVEMENT AND SOCIAL FAIRNESS.

#thistimeimvoting / May 23-26, 2019

CESI
ALL WORKERS COUNT



fonction
publique

SPÉCIAL Outdoor

Auch die Gartenarbeit wird smarter

Entspannt den Garten genießen und dabei nicht an die Rasenpflege denken: Mähroboter für das heimische Grün liegen im Trend. Clevere Geräte gehen mittlerweile noch einen Schritt weiter. So lassen sich einzelne Mähroboter bereits in bestehende Smarthome-Systeme einbinden. Die Hausbesitzer können somit beispielsweise Mähzeiten ganz bequem per Smartphone oder Tablet festlegen. Außerdem lässt sich der kleine Gartenhelfer jederzeit von unterwegs starten. Ob Joggen, Geocaching oder Wandern – Spaß ist garantiert, denn Smartphones, Apps und weitere „Gadgets“ weisen uns den Weg oder zeichnen unser Fitnesslevel in Echtzeit auf. Kein Wunder, dass uns die nützliche Technik mittlerweile auch bei der Gartenarbeit hilfreich zur Seite steht – und wir etwa dank intelligenter Rasenroboter für einen perfekt geschnittenen Rasen keinen Finger mehr rühren müssen. Ein weiterer Pluspunkt ist die Verknüpfung mit anderen Smarthome-Komponenten. Verschiedene Roboter lassen sich leicht mit Bewegungsmeldern verbinden. Betritt jemand den Rasen, während der Mähroboter unterwegs ist, fährt er sofort zurück in seine Station. Besonders in Haushalten mit Kindern und Haustieren verspricht dies zusätzliche Sicherheit. Per App haben die Eigenheimbesitzer jederzeit den Ladezustand und alle weiteren Gerätedaten im Blick. Der Mäher

sagt sogar Bescheid, wenn er neue Messer benötigt. Das Smarthome-System ist in den meisten Fällen modular aufgebaut und bietet leicht nachrüstbare Komponenten wie Bewegungsmelder, Zwischenstecker oder Tür- und Fenstersensoren. Hinzu kommen zahlreiche kompatible Produkte von verschiedenen Herstellern. Dadurch kann das Smarthome jederzeit erweitert werden – im Haus und bis in den Garten.

Echt smart – so werden die modernsten Mähroboter der neuesten Generation heute bezeichnet. Ausgestattet mit einem GPS-System ist es für die neusten Roboter ein Leichtes, nicht nur großen Grundstücken einen exzellenten Schnitt zu verpassen, sondern den Rasen auch in einzelne Teilbereiche zu gliedern, sodass Sie für jede Zone spontan entscheiden können, ob sie gemäht werden soll. Das ist praktisch, wenn zum Beispiel während eines Mähzyklus ein Planschbecken auf dem Rasen aufgebaut ist oder wir Lust auf eine Partie Badminton gegen die Familie oder Freunde haben. Was auch immer an Freizeitaktivitäten im Garten geplant ist, können die Einwohner im Nu bestimmen, welche Areale des Geländes der Rasenroboter während dieser Zeit auslassen soll. Und das alles mithilfe des Smartphones. Genial!



TEBA
FENSTER · TÜREN · WINTERGÄRTEN

MEHR
ZUHAUSE

das ganze Jahr!

Erweitern Sie Ihren Wohnraum und verleihen Sie Ihrem Haus mit einem eleganten Anbau ein ganz besonderes Erscheinungsbild. Mit einem Wintergarten oder Sommergarten von TEBA entscheiden Sie sich für ein Qualitätsprodukt der Extraklasse.



TEBA HANSEN & KAUB S.A.R.L. - L - 2633 SENNINGERBERG
TEL. 34 89 82 - WWW.TEBA-FENSTER.LU



SICHEL HOME 34, Rangwee

L-2412 Luxembourg-Howald



Home

www.sichel-home.lu

SPÉCIAL **Outdoor**

Mit Betonsteinen den Außenbereich gestalten

Wenn es draußen warm ist, wird die Terrasse zum Mittelpunkt des familiären Lebens. Das Wohnzimmer im Freien verschmutzt jedoch schnell. Der Wind bringt Laub und Staub, Vögel und Insekten tragen ebenfalls ihren Teil dazu bei. Und wenn es dann regnet, entsteht eine rutschige, schmierige Schicht. Die

regelmäßige Reinigung der Terrasse sollte deshalb eine Selbstverständlichkeit sein. Wie aufwendig und anstrengend das ist, hängt im Wesentlichen vom verwendeten Material und von der Lage der Terrasse ab. Gibt es Bereiche, die regelmäßig im Schatten liegen? Hier kommt es schnell zur Bildung

von Moos und Algenbelägen. Diese sollten nicht mechanisch entfernt werden, sondern mit einem speziellen Grünbelagentferner, der meist zur Vorbeugung dient. Wer sich eine möglichst leicht zu reinigende Terrasse wünscht, hat sich wahrscheinlich für Betonsteinplatten entschieden. Hier reicht es in der

Regel, mit klarem Wasser zu spülen, um die Fläche zu säubern. Außerdem gibt es ab Werk versiegelte Terrassenplatten aus Beton, die dauerhaft vor unschönen Flecken geschützt sind – wie sinnvoll das ist, zeigt sich spätestens, wenn bei der Grillparty beispielsweise Rotwein verschüttet wird.



TERRASSES

YOUR STYLE

**PARTENAIRE DE VOS PROJETS
DEPUIS 1903**

co-labor
Zesammen fir de Mënsch a fir d'Natur

Fréijoerszäit
Gaardenzäit

Coupon de remise -10%

découpez ce coupon et profitez d'une remise de 10% sur tous les articles de jardinage. Valable jusqu'au 30 juin 2019. Non cumulable avec toute autre promotion

co-labor 1A, Greivelsbarrière - L-8059 Bertrange www.co-labor.lu

Alles waat d'Häerz an de Gaart begiert

votre rénovation clé en main

renovatioun.lu
är Renovatioun ass eis Passioun

www.renovatioun.lu (+352) 288 308 - 1

SPÉCIAL **Outdoor**

Balkongärten vor Schädlingen schützen

Die Freude an leckerem, selbstgezüchtetem Obst und Gemüse vom heimischen Balkon wird leicht durch Schädlingsbefall getrübt. Blattläuse am Salat oder Weiße Fliegen an den Tomaten – das sieht nicht nur unschön aus, sondern beeinträchtigt sowohl das Pflanzenwachstum als auch die Obst- oder Gemüseernte. Wer seine urbane Gartenwelt vor Schädlingen schützen möchte, sollte auf nützlingsschonende Mittel setzen.

Ob im Beet oder im Topf, das Pflanzenschutzmittel besteht meist aus natürlicher Kaliseife und geht gezielt und wirksam gegen Blattläuse, Weiße Fliegen und Spinnmilben vor. Neben Obst- und Gemüsepflanzen ist es auch für Zierpflanzen geeignet. Dabei schont es Bienen und andere nützliche Insekten. Außerdem ist es ökologisch unbedenklich: Behandelte Früchte können nach dem Waschen sofort verzehrt werden.



Strom vom eigenen Dach

Die Sonne stellt keine Rechnung und jedes Haus hat ein Dach – kein Wunder, dass immer mehr Eigenheimbesitzer zu Stromproduzenten werden.

Aber wie funktioniert Photovoltaik und welche Vorteile gibt es? Um Sonnenlicht in elektrische Energie umzuwandeln, wird in Solarzellen verändertes Silizium genutzt, das bei Lichteinstrahlung positive und negative Ladungsträger freisetzt. Somit entsteht elektrische Spannung. In einem Solarmodul werden viele dieser Solarzellen in Reihe geschaltet. Ein Wechselrichter

wandelt die Energieausbeute dann in Wechselstrom um. Was viele nicht wissen: Sonnenenergie privat zu nutzen, ist einfacher denn je.

Denn spezialisierte Anbieter führen alle Planungen und Arbeiten selbst aus. Der Vorteil für die Hausbesitzer: Es gibt nur einen Ansprechpartner, der während der gesamten Projektzeit zur Seite steht und in allen Bereichen berät. Wer sich noch nicht sicher ist, ob die Investition in Sonnenenergie sich wirklich lohnt, sollte sich einige Vorteile vor Augen führen: Umweltrisiken sind im Ver-

gleich zu Öl, Kohle und Atomkraft praktisch nicht existent. Die Energie wird dort genutzt, wo sie entsteht. Teure Stromtrassen oder umweltbelastende Transporte sind überflüssig. Es wird kein CO2 freigesetzt. Investition und Ertrag sind kalkulierbar.

Zudem gibt es eine garantierte Einspeisevergütung. Selbstproduzierter Strom senkt die Nebenkosten und macht weniger abhängig von den Strompreisen. Die Immobilie gewinnt an Wert. Es gibt keine beweglichen Teile; die Abnutzung einer Photovoltaikanlage ist sehr gering und die Wartungskosten sind niedrig.



Entdecken Sie die bioklimatische Pergola in unserem Showroom.

METALICA EST
AMBASSADEUR
RENSON AU
LUXEMBOURG

RENSON
Creating healthy spaces

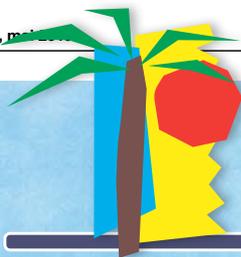
SHOWROOM

MONTAG BIS FREITAG: 9-19 UHR | SAMSTAG: 9-16.30 UHR

181, rue de Luxembourg L-4222 ESCH/ALZETTE

Tél. +352 55 21 56 | Fax: +352 55 74 14 | info@metalica.lu | www.metalica.lu





LUX VOYAGES

Kroatien – Küste und Gebirge Dalmatiens

8-Tage-Wanderreise in der Kleingruppe



Diese geführte Standortwanderreise läßt Sie den wahrscheinlich schönsten Abschnitt der kroatischen Adriaküste, die Makarska-Riviera, entdecken. Liebliche Landschaften im Hinterland, das steil ins Meer abfallende Küstengebirge Biokovo und die mondänen Küstenorte – ein wahres Wanderparadies mit abwechslungsreichen Pfaden. Einer der Höhepunkte der Reise ist die Etappe nach Imotski zum Blauen und Roten

See, zwei der größten und ältesten, mit Wasser gefüllten Einsturzkrater der Welt. Der Einkehrschwung nach einer Wanderung in ausgesuchten Restaurants ist der kulinarische Höhepunkt des Tages: Genießen Sie mittags die köstlichen Spezialitäten des Landes inkl. Wein, Wasser und Kaffee. Kultur, kulinarische Genüsse und unvergessliche Wandererlebnisse – das alles erwartet Sie in Dalmatien.

Reisepreis ab 1.290€* / Person im DZ, inklusive

- Flug von München nach Split und zurück (andere Flughäfen auf Anfrage)
- 7 Nächte im 4-Sterne-Hotel Milenij in Makarska (DZ mit Bad oder Dusche und WC)
- 7x Frühstück, 6x Mittagessen, 1x Abendessen
- Transfers laut Programm
- Bootsfahrt auf die Insel Brac
- Führung und Betreuung durch autorisierten Bergwanderführer
- ASI Tourenbuch
- Min. 8 / max. 18 Teilnehmer
- Spezieller ASI-Neukundenrabatt für Buchungen bis 31.10.2019

Termine 2019: 01.06. / 14.09. / 21.09. / 28.09. / 05.10. / 12.10.

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Wanderreisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



LUX VOYAGES s.à.r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1
info@luxvoyages.lu



Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause